



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 4

**Zwangsverrentung:
Altersarmut droht**

LEBEN

SEITE 20

**Guter Schutz bei
privaten Unfällen**

ARBEIT

SEITE 24

**Alkohol am
Arbeitsplatz**

BEZIRK

SEITE 28

**Frankfurt: Kein
Platz für Nazis**



Gewerkschaftstag 2007

**Darüber wurde
abgestimmt**

THEMEN IM HEFT



Zuversicht demonstrierte die IG Metall in Leipzig. Sieben Tage lang schnürten die rund 500 Delegierten das Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre. Zu den wichtigsten Themen auf dem Gewerkschaftstag gehörten neben der Tarifpolitik die Humanisierung der Arbeit und die Leiharbeit. Die alles entscheidende Frage lautet für den Ersten Vorsitzenden, Berthold Huber, allerdings: Wie gewinnt die IG Metall neue Mitglieder und wie bindet sie die vorhandenen?

SEITE 10 BIS 16

Foto: Michael Schinke

Titelfoto: Transit-Leipzig



Foto: Transit-Leipzig

Der älteste Delegierte

Werner Moritz, 73, aus dem Berlin war der älteste Delegierte in Leipzig. Er macht sich stark für die Seniorenarbeit. **SEITE 17**



Foto: Michael Schinke

Null Toleranz für Nazis

Zahlreiche Initiativen gegen Rechts gab es auf dem Gewerkschaftstag und bekamen Unterstützung. **SEITE 9, 10 BIS 15 UND 19**



Foto: Transit-Leipzig

Spende für Amnesty

Amnesty-Generalsekretärin Barbara Lochbihler freute sich in Leipzig über eine Spende der IG Metall. **SEITE 23**

SERVICE

Für Mitglieder der IG Metall

Elterngeld und Elternzeit – auch für Väter:

Eine neue Broschüre gibt Tipps rund um das Thema »Papa-monate«. Die Broschüre zum kostenlosen Download im Internet unter: www.igmetall.de/metallzeitung



IMPRESSUM

metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzell, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail:
metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Birgit Büchner/Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de

Anzeigen:
Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich (zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Bayern und Baden Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metallzeitung** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Zwangsverrentung**
Jetzt droht noch mehr
Älteren die Altersarmut.
- 5 **Jagd auf Betriebsrat**
Eine Firma versucht, ihren
Betriebsrat loszuwerden.
- 6 **Tarifrunde 2008**
Das sind die Themen und
Runden im nächsten Jahr.
- 7 **Europa-Serie**
Die EU in Brüssel: Ein
Mekka für Lobbyisten.
- 8 **Interview**
Ex-Innenminister Baum
kämpft für die Grundrechte.
- 9 **Pflaume des Monats**
Vom Grünen zum Lobbyist:
Rezzo Schlauch.

TITEL

- 10 **Ein Signal aus Leipzig für die
Leiharbeiter in Deutschland**
Auf dem Gewerkschaftstag
hat die IG Metall den miserab-
len Bedingungen in der
Leiharbeit den Kampf ange-
sagt. Aber auch über die
Rente mit 67, »Pforzheim«,
Sozialabbau, Rechts-
extremismus und Klima-
wandel wurde diskutiert.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe/Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Zu Besuch beim Delegierten
Werner Moritz.

- 18 **Angebote für Mitglieder**
Nicht nur auf dem
Gewerkschaftstag.
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Ein Leiharbeiter spricht
über seine Erfahrungen.
- 20 **Guter Rat**
Sicherheit in Heim
und Freizeit.
- 21 **Rätsel**
Erster Preis:
Eine Reise nach Fehmarn.

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Schaeffler: Europa
rückt zusammen.
- 23 **Die gute Idee**
Gewerkschafter leben in
vielen Ländern gefährlich.
- 24 **Unsere Tipps**
Alkohol am Arbeitsplatz:
Verbieten ist keine Therapie.
- 25 **So geht es besser**
Keine Praxisgebühren
bei »Doktor Azubi«.
- 25 **Auf dem Prüfstand**
Schmierstoffe schädigen
Hände und Atemwege.
- 26 **Ökonomie mal anders**
Raimund Bleischwitz über
das Risiko Rohstoff.
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Altersarmut

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**

Aus der Redaktion

Weihnachten steht mal wieder vor der Tür: Immerhin fast 70 Prozent der Beschäftigten können sich dieser Tage über eine Jahressonderzahlung freuen. Gezahlt wird das klassische Weihnachtsgeld, Gewinnbeteiligung oder auch das 13. Gehalt. Das ergab eine Auswertung des Online-Projekts der Gewerkschaften »LohnSpiegel«. Eine schönere Bescherung gibt es für die Beschäftigten, die nach Tarif bezahlt werden. Immerhin 83 Prozent der tarifgebundenen Beschäftigten erhalten ein finanzielles Extra. Die Tarifbindung zahlt sich also aus. Für den Tarifvertrag – nicht nur wegen des Weihnachtsgeld – lohnt es sich zu kämpfen. Auch im nächsten Jahr.

Die Redaktion wünscht allen Metallerinnen und Metallern ein Megatarifjahr, ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch. Und: Wir sind bis Weihnachten montags bis freitags auch weiterhin unter der Hotline

0800 – 4 46 38 25

von 9 bis 16 Uhr zu erreichen. **Eure Redaktion**

EDITORIAL

DEMOKRATIE IM BETRIEB



Berthold Huber,
Erster Vorsitzender der
IG Metall über die neue
demokratische Kultur
und das Image der
Gewerkschaft.

Foto: Frank Rumpenhorst

Unsere Mitglieder sind stark und selbstbewusst

Mitbestimmung wird bei der IG Metall groß geschrieben.
Denn: Die Demokratie im Betrieb macht stark.

Unser 21. ordentlicher Gewerkschaftstag in Leipzig war ein guter Gewerkschaftstag. Zeitungen, Fernsehen und Radio haben positiv berichtet. In der Öffentlichkeit sind wir anerkannt. Die IG Metall ist eine Kraft. Auch Kanzlerin Merkel kam und lobte unsere Arbeit. Trotz unterschiedlicher Meinung in vielen Fragen empfangen wir sie mit Respekt. Das ist die IG Metall 2007: Klar in der Sache, offen und respektvoll im Stil. Nach außen sowie nach innen. Unser gutes Image kommt nicht von selbst. Es ist das Ergebnis harter Arbeit. Noch vor kurzem war es selbst im Freundeskreis schwierig, sich zur IG Metall zu bekennen. Das ist heute anders.

Verantwortlich dafür seid ihr: Alle Mitglieder, die sich für ihre IG Metall engagieren. Alle, die keinesfalls kritiklos, aber fest zu ihrer IG Metall stehen. Mit dieser Stärke im Rücken haben wir in den vergangenen Jahren schwierige Herausforderungen bestanden: Die Tarifautonomie, die Betriebsverfassung und die Mitbestimmung konnten wir verteidigen. Wir haben gute Tarifab-

schlüsse erzielt und uns in die gesellschaftliche Diskussion einge-mischt. Gleichzeitig hat sich ein Kulturwandel in unserer IG Metall vollzogen. Wir reden nicht über die Mitglieder, sondern wir reden mit ihnen. Selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können bei uns mitbestimmen. Auf allen Ebenen, aber vor allem im Betrieb. Denn: Unsere »Fachkräfte für Beteiligung« sind die Vertrauensleute und die Betriebsräte der IG Metall. Sie stützen sich auf starke Mitglieder, die Entscheidungen gemeinsam tragen. Das gehört zu einer demokratischen Kultur. Anders können wir auch den Druck auf Tarifverträge oder betriebliche Standards nicht bewältigen.

Beteiligung leben, das gilt selbstverständlich auch für den neuen Vorstand der IG Metall. Ihr, die Mitglieder, formuliert den Auftrag für unsere Politik. Damit wir noch besser werden und die Probleme anpacken, die euch bewegen. Das entspricht der alten, neuen Wahrheit: Nur gemeinsam sind wir stark! ■

Berthold Huber

WAS PASSIERT, WENN DIE 58ER-REGELUNG AUSLÄUFT?

Durch Zwangsrente droht die Armut

Statt ältere Erwerbslose in Beschäftigung zu bringen, will die Bundesregierung sie in Zwangsrente schicken. Auf diese Weise verlieren Erwerbslose auch ihre letzte Chance, zusätzliche Rentenzeiten zu sammeln. Die IG Metall spricht von einem »gesellschaftspolitischen Skandal« und hat deshalb Massenklagen angekündigt.

Bisher hat die sogenannte 58er-Regelung ältere Bezieher von Arbeitslosengeld II davor geschützt, vorzeitig und mit hohen Abschlägen in Altersrente zu gehen. Sie erhielten Arbeitslosengeld II, auch dann wenn sie dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung standen. Nach Schätzungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) haben das bisher rund 175 000 Bezieher von Arbeitslosengeld II genutzt.

Zum Jahresende jedoch läuft die 58er-Regelung aus. Ältere Erwerbslose mit Hartz IV, so will es die Bundesregierung, sollen dann zum frühestmöglichen Zeitpunkt und mit Abschlägen in Rente gehen. Gegen ihren Willen und selbst dann, wenn die Rente niedriger ist als ihr vorheriges Arbeitslosengeld II.

Auch wenn die Zwangsrente »nur« jene trifft, die ab Januar kommenden Jahres ihren 60. Geburtstag feiern, dürften die Folgen gra-

vierend sein. »Betroffen werden wahrscheinlich mehrere hunderttausend Personen sein«, kritisiert Gerhard Bosch vom Institut Arbeit und Qualifikation in Gelsenkirchen. Sie müssten womöglich starke Rentenabschläge hinnehmen und hätten nicht die Chance, vermittelt zu werden – »obwohl sie vielleicht länger arbeiten wollen, um ihre Renten noch aufzubessern«.

Dabei hatten DGB und IG Metall schon während der Anhörung zur Rente mit 67 vor den drohenden Folgen der Zwangsverrentung gewarnt. »Ältere Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten«, analysiert eine Stellungnahme, »können damit in dauerhafte Altersarmut gedrängt werden.« Auf jeden Fall steht die Zwangsrente im Widerspruch zu dem vorgegebenen Ziel der Bundesregierung, ältere Menschen wieder stärker in die Arbeitswelt

zu integrieren. »Diesem Ziel wird durch solche Maßnahmen glatt widersprochen«, klagt Gustav Horn vom Institut Makroökonomie und Konjunkturforschung.

Für die IG Metall ist die Zwangsverrentung »sozialpolitisch untragbar und ein gesellschaftspolitischer Skandal«. Der Vorstand hat daher Massenklagen angekündigt und fordert alle Gewerkschaftsmitglieder auf, »ihre Rechte mit Hilfe der Sozialgerichte durchzusetzen«. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Weitere Informationen zum Thema Zwangsverrentung und deren Konsequenzen unter:

► www.igmetall.de

→ Pressemitteilungen

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen:

► www.erwerbslos.de

Ältere Erwerbslose finden schwer eine neue Arbeit. Die drohenden Abschläge auf die Rente bei einer Zwangsverrentung bringen sie an die Grenze zur Altersarmut.





Foto: Norbert Huesson

Betriebsrat Koch (rechts) und Reinhard Seiler von der IG Metall Detmold.

Jagd auf Betriebsrat

Mit 48 Abmahnungen versucht die Firma Müller Umwelttechnik ihren Betriebsratsvorsitzenden loszuwerden. Ohne Erfolg.

48 Abmahnungen hat Betriebsratsvorsitzender Erich Koch in den vergangenen zwölf Monaten kassiert, einmal sogar 15 an einem Tag. Der Grund: angebliche Arbeitsverweigerung. Tatsächlich hatte er entweder Urlaub, war krank, oder er arbeitete als Arbeitsrichter oder Vorstandsmitglied der IG Metall Detmold.

Das wusste sein Arbeitgeber Volkwin Müller. Trotzdem mahnte er den Betriebsratsvorsitzenden ab. Einmal sogar dafür, dass er – statt zu arbeiten – seinen Vater beerdigte. Und das, obwohl er sich dafür ordnungsgemäß abgemeldet hatte. Der 50-Jährige, der seit 1978 als Schlosser in dem Schwalenberger Unternehmen tätig ist, setzte sich jedesmal gerichtlich

zur Wehr und gewann. Abwehren konnte er auch die Versuche seines Chefs, ihn fristlos zu entlassen. Weder Betriebsrat noch das Gericht stimmten der Kündigung zu. Auch die Beschäftigten stellten sich hinter ihren Betriebsratsvorsitzenden und forderten per Unterschriftenliste »Schluss mit den Repressalien«. Wie hält Erich Koch die ständige Bedrohung durch seinen Arbeitgeber aus? Dazu mag er nicht viel sagen. Nur so viel: Die Situation sei belastend – »auch für meine Frau und meine Kinder«. Die IG Metall Detmold erwägt ein Strafverfahren gegen Geschäftsführer Müller. Bevollmächtigter Reinhard Seiler: »Er versucht, die Existenz unseres Kollegen zu ruinieren.« ■

Norbert.Huesson@t-online.de

Merkel blockiert Mindestlohn

Dumping-Briefzusteller setzen Regierung unter Druck.

Offenbar auf Druck von Postdienstunternehmern wie »Pin« und »TNT« verhindert Bundeskanzlerin Merkel, dass die von Verdi und dem Arbeitgeberverband »Postdienste« ausgehandelten Mindeststundenlöhne auch branchenweit gelten. Sie liegen zwischen 8 und 9,80 Euro.

Zuvor hatte bereits der Präsident des neuen Arbeitgeberver-

bandes »Neue Brief- und Zustelldienste« (NBZ), Florian Gerster (SPD), mit Klagen gedroht. Dessen Mitglieder zahlen Armuts-löhne. Gerster selbst kassiert als NBZ-Chef rund eine Million Euro jährlich. DGB-Vorsitzender Michael Sommer hat die Union aufgefordert, den vereinbarten Mindestlohn »bedingungslos« zu akzeptieren. **fra**

Die EU-Verfassung heißt jetzt Reformvertrag

Von einer Verfassung spricht in Europa niemand mehr. Nachdem das Vertragspaket am »Nein« der Franzosen und Niederländer scheiterte, wurde die Idee fallen gelassen. Übrig blieb ein Reformvertrag, der sogenannte »Vertrag von Lissabon«, den die Europäischen Mitgliedsstaaten bei ihrem Gipfel in Lissabon verabschiedeten. Der große Wurf gelang ihnen aber aus Sicht der IG Metall nicht.

Auch mit dem Reformvertrag weiche die Europäische Union nicht von ihrer Marschrichtung ab. Der Binnenmarkt genieße weiterhin Vorrang. So wurde zwar der Begriff »unverfälschter Wettbewerb« auf Druck von Frankreich aus dem Text gestrichen. Dabei handelt

es sich nach Einschätzung der IG Metall nur um einen symbolischen Erfolg. In einem Protokoll zum Grundlagenvertrag taucht der Begriff wieder auf.

Die Grundrechtecharta kippte die Union aus dem Vertrag. Sie wird lediglich durch einen Verweis rechtsverbindlich. Außerdem gilt sie nicht für Menschen in Polen und Großbritannien. Der Grund: Diese beiden Länder bestanden auf der Möglichkeit, die Grundrechtecharta für sich nicht anzuwenden.

Mit diesem Werk wird die EU ihre Bürgerferne nicht überwinden. Viel Vertrauen in das Werk hat sie selbst offenbar auch nicht. Abstimmungen durch die Bürger will die EU diesmal, soweit möglich, umgehen. **fam**

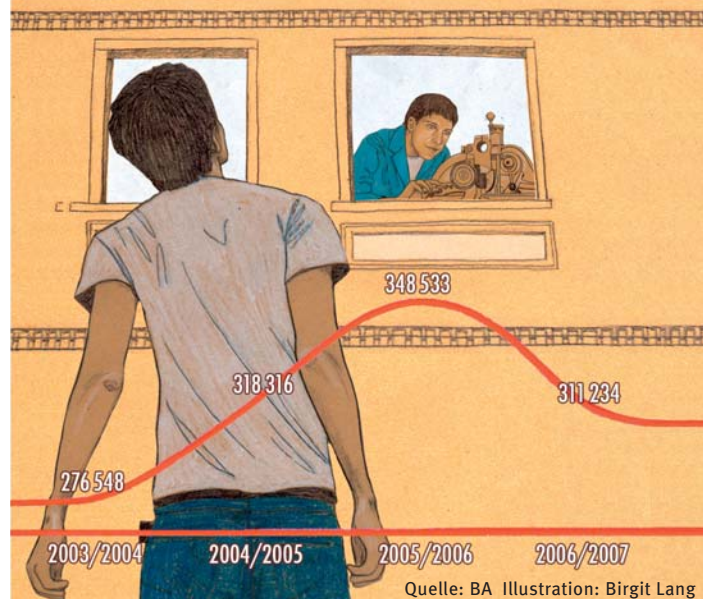
In den Betrieben fehlen 311 234 Lehrstellen

Die Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze ist im vergangenen Ausbildungsjahr zwar leicht angestiegen. Der Zuwachs löse aber »nicht einmal im Ansatz die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt«, zieht Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende, Bilanz. Unterm Strich hat sich der Anteil der Betriebe, die ausbilden, weiter verringert und

erreichte mit 21 Prozent einen Tiefstand. Insgesamt, so hat der DGB errechnet, fehlen derzeit 311 234 betriebliche Ausbildungsplätze. Deshalb fordert der DGB eine Umlage für Betriebe, die nicht ausbilden und ein Sofortprogramm über 650 Millionen Euro. Das Programm soll 50 000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze finanzieren. **fra**

Lehrstellenbilanz des DGB

In den vergangenen Jahren fehlten Hunderttausende von Lehrstellen.



DIE KOMMENDEN TARIFVERHANDLUNGEN DER IG METALL

2008 steht ein Mega-Tarifjahr an



Foto: Romy Hartmann / ddp

Im nächsten Jahr stehen in allen Branchen Tarifrunden an: Die Beschäftigten wollen Teil haben am Aufschwung. Harte Konflikte drohen im Kfz-Handwerk.

In der Stahlindustrie laufen die Tarifverträge Ende Januar aus. Am 7. Dezember will die Tarifkommission ihr Forderungspaket schnüren. Da die Branche ein glänzendes Jahr hinter sich hat und kein Ende der guten Konjunktur in Sicht ist, werden kräftige Lohnerhöhungen vorn auf der Liste stehen. Eine Rolle spielt aber vermutlich auch das Thema altersgerechte Arbeit. Kaum eine andere Branche hat so »alte« Belegschaften wie Stahl.

In der Bekleidungs- und Textilindustrie könnte die Tarifrunde in der zweiten Januarhälfte starten. Neben höheren Einkommen wird auch hier Älterwerden Thema sein: Die Regelungen zur Altersteilzeit laufen Ende Februar aus, müssen also verlängert werden. Außerdem will die IG Metall, dass vermögenswirksame Leistungen künftig für die Altersvorsorge genutzt werden.

In der Metallindustrie hatten IG Metall und Arbeitgeberverband beim letzten Tarifaabschluss vereinbart, die Regelungen zum flexiblen Übergang in die Rente weiterzuentwickeln. Spätestens im Juni 2008 wollen sie sich tref-

fen, um über Altersausstiegsmodelle zu reden. Die Tarifverhandlungen zu den Entgelten fangen frühestens im September 2008 an. Auch die Metallbeschäftigten wollen vor allem mehr Geld.

In der Holz- und Kunststoffindustrie stehen – auch im Sommer – Verhandlungen über neue Manteltarifverträge an. In den »Mänteln« sind unter anderem Arbeitszeit, Urlaub, Zuschläge und Urlaubsgeld geregelt.

Im Kfz-Handwerk geht es um alles oder nichts. Die Arbeitgeber wollen aus der Tarifpolitik aussteigen. In Bayern haben sie bereits beschlossen, keine Verträge mehr abzuschließen. In Nordrhein-Westfalen, Hamburg sowie in Schleswig-Holstein haben die Arbeitgeber die Manteltarifverträge gekündigt. Die NRW-Arbeitgeber haben schon verraten, wohin sie den Zug zurückfahren lassen wollen: zur 40-Stunden-Woche, weniger Urlaubstage und niedrigeren Mehrarbeitszuschlägen. Das heißt: Den Beschäftigten wird auch im Jahr 2008 nichts geschenkt. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Reform der Pflegeversicherung

Keine ausreichende Lösung aus Sicht der IG Metall.

Wer sich um die Pflege von Angehörigen kümmert, kann nicht auf bezahlte freie Tage hoffen. Diesen Vorschlag der SPD kippen die Unionsparteien. Der SPD-Vorschlag: Beschäftigte – ähnlich wie bei erkrankten Kindern – bis zu zehn Tage bezahlt von der Arbeit freizustellen. Diese Zeit sollte dazu dienen, sich um die Organisation der Pflege zu kümmern. Den Kabinettsent-

wurf überlebte nur die Freistellung. Eine Lohnfortzahlung soll es nicht geben. Neben der kurzfristigen Freistellung sieht der Entwurf auch eine Pflegezeit von bis zu sechs Monaten vor. Allerdings wurde die Zahl der Betriebe weiter beschränkt. **fam**

Mehr zum Thema sowie Positionen und Vorschläge der IG Metall:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Hürde gegen Werkschließungen

IG Metall will wichtige Teile des VW-Gesetzes retten.

IG Metall und Betriebsräte engagieren sich im Bündnis mit Politikern von CDU und SPD dafür, dass wichtige Teile des VW-Gesetzes erhalten werden. Der Europäische Gerichtshof hatte am 23. Oktober nicht das ganze Gesetz für rechtswidrig erklärt. Er bemängelte vor allem, dass VW-Aktionäre höchstens 20 Prozent ihrer Stimmrechte ausüben dürfen. Damit würden der

freie Kapitalverkehr behindert und Investoren abgeschreckt. Regelungen im VW-Gesetz, nach denen Produktionsstätten nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Aufsichtsrat verlegt oder geschlossen werden dürfen, hatten die EU-Richter dagegen nicht beanstandet. **syk**

Positionen der IG Metall unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Münteferings Rücktritt

Anerkennung der IG Metall für Franz Müntefering. Nun gibt es hohe Erwartungen an den neuen Arbeitsminister Olaf Scholz.

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, bedauerte den Rücktritt von Arbeitsminister Franz Müntefering. »Sein Verdienst ist es, dass die zentralen Fragen der Mitbestimmung, wie Tarifautonomie, Betriebsverfassung und auch die Unternehmensmitbestimmung, zu den Grundbedingungen der Großen Koalition gehören«, betonte Huber. Müntefering – seit 40 Jahren Mitglied der IG Metall – stehe für den beharrlichen Kampf gegen Lohndumping, für die Einführung von Mindestlöhnen aber leider auch für die Rente mit 67.

sachkundig und wirkungsvoll«, erinnert sich der damalige Erste Bevollmächtigte der IG Metall Leipzig, Jochen Kletzin.

Beim Verkauf der volkseigenen Betriebe durch die Treuhandanstalt ging es darum, große Belegschaften nicht massenhaft in die Arbeitslosigkeit zu entlassen.

Die Lösung eines Konflikts beim Maschinenbauer Takraf wurde Scholz' Meisterstück und ist bis heute Schutzschild sowie Erste-Hilfe-Maßnahme für viele Beschäftigte: In der Takraf-Einigungsstelle erfand Rechtsanwalt Olaf Scholz die Konstruktion eines dreiseitigen

Vertrags. Danach können Unternehmen der Belegschaft nicht kündigen, so lange eine Beschäftigungsgesellschaft den von Entlassung Bedrohten kein Angebot gemacht hat, und

so lange Betriebsrat und auch Beschäftigte dem nicht zugestimmt haben. »Das führte dann dazu, dass die Treuhandanstalt plötzlich Interesse entwickelte, die Beschäftigungsgesellschaften finanziell gut auszustatten«, sagt Jochen Kletzin, der heute die IG Metall-Bildungsstätte in Berlin leitet. ■



Franz Müntefering am Tag seines Rücktritts.

Nachfolger soll der bisherige Geschäftsführer der SPD-Fraktion Olaf Scholz werden. Der 49-Jährige ist Rechtsanwalt, Experte für Arbeitsrecht und kennt die IG Metall gut. »Als die IG Metall in den 90er Jahren in den neuen Ländern aufgebaut wurde, unterstützte er uns beim Rechtsschutz



Foto: Image Source

Die EU in Brüssel: Ein Mekka für Lobbyisten

Lobbyarbeit ist nicht prinzipiell schlecht, solange klar ist, welche Gelder und Interessenlagen dabei im Spiel sind.

In Brüssel tummeln sich eine Unmenge Politiker und EU-Beamte und auch solche, die nicht sofort einzuordnen sind. In einem Graubereich zwischen Politik und Wirtschaftsinteressen betätigen sich die sogenannten Lobbyisten. Ziel ihrer oft wenig fassbaren Tätigkeit ist die Einflussnahme auf die Gesetzgebung von EU-Kommission und EU-Parlament. Dabei werden auch demokratische Prinzipien unterlaufen. Denn es gibt bislang keine Transparenzverpflichtungen für Lobbyarbeit.

Das jedenfalls ist der Befund des kritischen Internetportals Lobbycontrol, das die Broschüre »Lobby Planet Brüssel« heraus gibt. Darin wird unter anderem die Präsenz der Bertelsmann-Stiftung in Brüssel hervorgehoben. Die Stiftung verfügt über ein gut ausgebau-

tes Einflussnetz. Dieses Netz besteht unter anderem aus Europaabgeordneten der CDU. Auch andere Netzwerke marktradikaler Denkfabriken und ihre engen Verbindungen zur Industrie spielen in Brüssel eine zunehmend wichtigere Rolle.

Lobbycontrol hat deshalb eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Eine mehrjährige Karenzzeit sollte den fliegenden Wechsel ehemaliger EU-Mitarbeiter von der Politik zur Lobbyarbeit verhindern. Lobbyisten sollten verpflichtet werden, ihre Kunden und ihr Budget regelmäßig offen zu legen. Denn alle europäischen Bürgerinnen und Bürger haben das Recht zu erfahren, wer Lobbyarbeit bei den EU-Einrichtungen betreibt. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Anzeige

Gewerkschaften helfen e.V.

Not raubt
Zukunft



Der Verein **Gewerkschaften helfen** wird vom DGB und seinen Gewerkschaften getragen. Wir setzen Spenden in notwendige Soforthilfe bei Extremereignissen und Katastrophen ein, lindern Not, geben Chancen. Durch Katastrophen brechen auch soziale Probleme auf, die mit Ausdauer angepackt werden müssen. Hier sind Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Einrichtungen wichtige Kooperationspartner vor Ort. Deine/Ihre Spende macht uns handlungsfähig.

Spendenkonto: Gewerkschaften helfen e. V. | SEB Düsseldorf BLZ 300 101 11
Kontonummer 1 756 906 400 www.gewerkschaften-helfen.de

Es geht um viel Geld und nachhaltigen Einfluss

Rund 15 000 bis 20 000 Lobbyisten versuchen, sich bei Europaabgeordneten und EU-Beamten Gehör zu verschaffen. »Es gibt heute nicht mehr den platten Lobbyismus, er funktioniert feiner und es geht darum, langfristig Einfluss zu nehmen«, sagt der Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB), Peter Scherrer. Vor allem Wirtschaftsunternehmen scheuten keine Kosten, um neue Gesetze schon im Entstehen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Mehr zum Thema: ► www.lobbycontrol.de

Sinnloser Verkehr

Mit Datenschutz hat der Geschäftsführer eines thüringischen Metallunternehmens nicht viel am Hut. In einer Rundmail an die Mitarbeiter warnte er seine Beschäftigten davor, am Arbeitsplatz private E-Mails zu schreiben oder Mails mit »sinnlosen langen Ausführungen« zu spicken. Schließlich beeinträchtigte das ihre Produktivität. Er drohte seinen Mitarbeitern sogar mit Konsequenzen und machte keinen Hehl daraus, dass er sich aller technischen Möglichkeiten bedienen werde, um sie zu überwachen. Jetzt hat sich der Betriebsrat des Falles angenommen. Vielleicht schickt er den Geschäftsführer ja zum Seminar »Was darf der Chef im E-Mail-Verkehr?«. Dadurch ließe sich vielleicht auch die eigene E-Mail-Produktivität des Chefs steigern.

Prämien lohnen sich nicht

Mit Prämien oder Boni wollen Unternehmen ihre Beschäftigten zu mehr Leistung anspornen. Das System ist weitverbreitet und beschränkt sich längst nicht nur auf Führungskräfte. Doch mit dieser Idee könnten Manager falsch liegen. Leistungsabhängige Lohnbestandteile bremsen eher die Motivation von Beschäftigten, besonders wenn am Arbeitsplatz Teamarbeit und Kreativität gefragt sind. Darauf deuten die Ergebnisse einer Schweizer Studie des Instituts für Organisation und Unternehmens-theorien an der Universität Zürich hin. Dabei fiel auf: Testpersonen, denen eine Prämie zugesagt worden war, zeigten durchgehend schlechtere Leistungen als die Vergleichsgruppe ohne Bonus. Antoinette Weibel, Wirtschaftswissenschaftlerin aus Zürich, vermutet, dass Prämien Menschen konservativer machen. »Ich gehe bei der Arbeit weniger Risiken ein, wenn ich die Prämie nicht verlieren will.« Das könne dazu führen, dass Beschäftigte eingefahrene Wege nicht verlassen. Sie riskieren nicht, auch mal um die Ecke zu denken.

INTERVIEW

»Die Grundrechte werden immer mehr aufgeweicht«

In Heiligendamm hat die Bundesregierung Demonstrationen verboten und die Bundeswehr zum Schutz eingesetzt. Jetzt lässt sie Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ausschnüffeln. **metallzeitung** sprach mit dem früheren Bundesminister des Inneren, Gerhard Baum.

metallzeitung: Im November hat der Bundestag das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Schnürt uns der große Bruder die Luft ab?

Gerhard Baum: Ja, aus meiner Sicht ist das nicht mit unseren Grundrechten zu vereinbaren, es wird jeder unter einen Generalverdacht gestellt. Wir sind auf dem besten Weg in einen entgrenzten Präventionsstaat. Das ist eine gefährliche Entwicklung.

metallzeitung: Bundesministerin Zypries sagt, es würden keine Gespräche aufgezeichnet, sondern nur, wer mit wem spricht.

Baum: Aus diesen Kommunikationsstrukturen lassen sich aber mühelos Persönlichkeitsprofile entwickeln, dieses Gesetz geht auch weit über die Erfordernisse der Bekämpfung des Terrorismus hinaus.

metallzeitung: George Orwell lässt grüßen?

Baum: Wir sind weit über George Orwell hinaus. Die beabsichtigte Durchsuchung und Überwachung von Computern zum Beispiel betrifft ja nicht nur Einzelne, sondern deren ganzes Kommunikationsgeflecht und den Computer als Inbegriff der Privatheit. Die Politik vernachlässigt die Frage, ob die schweren Eingriffe in die Freiheits-sphäre der Bürger in einem angemessenen Verhältnis zum Sicherheitsgewinn stehen.

metallzeitung: Immerhin gibt es das Verfassungsgericht.

Baum: Ja, das Verfassungsgericht hat eine Serie von Entscheidungen getroffen, mit denen



Foto: Sven Simon / pa

Baum (FDP) vergleicht Schäubles Vorgehen mit dem der Nazi-Juristen.

Gesetze zur Terrorismusbekämpfung aufgehoben worden sind. Ich erinnere nur an den großen Lauschangriff, den Abschuss von Passagierflugzeugen oder an die Rasterfahndung.

metallzeitung: Verteidigungsminister Franz Josef Jung will auch unerlaubt Passagierflieger abschießen lassen.

Baum: Damit kündigt er einen Verfassungsbruch an. Auch Herr Schäuble versucht, die Bekämpfung von Kriminalität immer mehr als »Kriegsakt« oder »Quasie-Verteidigung« zu definieren. Auf diese Weise landet man sehr schnell bei einem

»Feindstrafrecht«, wie es in den USA praktiziert wird.

metallzeitung: Feindstrafrecht?

Baum: Herr Schäuble nähert sich Vorstellungen des Naziwegbereiters Carl Schmitt, der einen Ausnahmezustand suggerierte, um die Rechtsordnung außer Kraft zu setzen. Das wäre eine neue Qualität der Interpretation des Prinzips der Menschenwürde in unserer Verfassung. Das Verfassungsgericht hat das bisher nicht mitgemacht.

metallzeitung: Das Grundgesetz verbietet es, die Bundeswehr im Landesinneren einzusetzen.

Baum: Nicht zur Kriminalitätsbekämpfung. Schäuble will den Verteidigungsbegriff aber erweitern und die Einsätze der Bundeswehr im Inneren ermöglichen. Das erfordert Veränderungen des Grundgesetzes. Die Bundeswehr würde dann zu einer Art Ersatzpolizei.

metallzeitung: Gegen geplante Online-Durchsuchungen haben Sie Verfassungsbeschwerden eingelegt. Sind Sie optimistisch?

Baum: Bei der Anhörung im Oktober wurde klar, dass schon die informationstechnologische Lage kompliziert ist. Vor allem ist es unmöglich, das Private auf einer Festplatte von anderen Daten zu trennen und zu schützen. Nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts muss der »Kernbereich privater Lebensgestaltung« geschützt bleiben. Und genau das ist bei diesen Durchsuchungen nicht gewährleistet. Ich erwarte ein Grundsurteil Anfang 2008.

metallzeitung: Auch das Versammlungsrecht scheint inzwischen zur Disposition zu stehen.

Baum: In Heiligendamm haben die Gerichte das Versammlungsrecht unangemessen eingeschränkt. Und dann kam auch noch der verfassungsrechtlich inakzeptable Einsatz von Tornado hinzu. Es ist höchste Sensibilität geboten, um die weitere Erosion unserer Grundrechte zu bekämpfen. Es geht immerhin

um die Grundwerte der Gesellschaft, die ja Ergebnis der schrecklichen Erfahrungen aus der Nazizeit sind.

metallzeitung: Wer sich nichts vorzuwerfen hat, hat nichts zu befürchten. Ein gutes Argument?

Baum: Das ist eine leichtfertige Bemerkung, denn die neuen Informationstechnologien können unendlich viele Spuren speichern und verwerten. Ich denke nur an die großen Datenmengen im Gesundheits- und Sozialversicherungsbereich, bei der Arbeitsvermittlung oder auch der Steuer. Und dann kommen noch die Daten im Sicherheitsbereich hinzu. Es besteht die große Gefahr, dass diese Sammelwut zum Schaden des Einzelnen und der Demokratie gerät. Das Verfassungsgericht hat gesagt: Der Bürger braucht Zonen, von denen er weiß, dass er in ihnen nicht beobachtet wird. Sonst kommt es zu Einschüchterungseffekten, die die Bürger hindern, ihre Freiheit zu nutzen.

metallzeitung: Was können die Gewerkschaften tun?

Baum: Ich freue mich sehr, dass die IG Metall sehr sensibel den Gefahren gegenüber steht, die auch die Arbeitnehmer betreffen. Ich kann nur dazu ermutigen, an allen Fronten und gegen die Aufweichung der Grundrechte zu kämpfen. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

»Teil der gesellschaftlichen Bürgerbewegung«

Der zunehmende Demokratieabbau war auch Thema des 21. Gewerkschaftstages der IG Metall. In der Entschließung 1 wird zwar begrüßt, wenn die Menschen vor Gefahren geschützt werden. Doch »die Einschränkung von Bürgerrechten und Grundgesetzänderungen unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung« haben die Delegierten entschieden abgelehnt. Dazu gehört laut der Entschließung auch der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die Vorratsdatenspeicherung und die geplante Online-Durchsuchung, aber auch die Schaffung neuer Dateien mit Hilfe von Passbildern oder Fingerabdrücken.

Die IG Metall, die die Entschließung an, sei »Teil der gesellschaftlichen Bürgerbewegung und werde sich für die Sicherung der Bürgerrechte und den Schutz der Demokratie einsetzen«.

► www.igmetall.de/metallzeitung

PFLAUME DES MONATS

Politische Drehtür mit Effekt

Drehtüren haben so ihre Tücken – vor allen Dingen wenn sie einen Menschen vom politischen Amt zum Aufsichtsratssessel drehen. Manche drehen sich offenbar so schnell, dass ihnen ganz schwindlig wird und sie gar nicht mehr wissen, wo sie gelandet sind. So

erging es vermutlich **Rezzo Schlauch**. Nach seinem Auftritt als Bundesregierungsdarsteller katapultierte es den Grünen-Politiker direkt in den Beirat des Energieriesen EnBW. Dieser ist ziemlich dick im Atomstromgeschäft. Schlauch glaubt aber offenbar, er sei beim grünen Riesen gelandet. Er will sich für regenerative Energien stark machen. Hoffentlich lässt der Schwindel bald nach. Mehr Drehtürverwirrte gibt es übrigens unter:

► www.lobbycontrol.de



Sven Simon / picture-alliance

Die Banken der Nazis

Mehrere Geldinstitute in der Bundesrepublik scheuen sich nicht, an dem Geld von Rechtsradikalen zu verdienen.

Zahlreiche Banken und Sparkassen in Deutschland sind sich nicht zu schade, die schmutzigen Gelder der Nazi-Partei NPD anzulegen und daran mit zu verdienen.

Nach Recherchen von »Report« (Mainz) unterhält etwa die NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« ein Geschäftskonto bei der Deutschen Bank. Jährlich sollen 1,4 Millionen Euro umgesetzt werden. Nach Angaben von »Report« stammt das Geld vom Vertrieb kriegsverherrlichender CDs (»Blutrausch«) oder dem Verkauf von Aufklebern wie »Rudolf Hess – ich bereue nichts«. Erst als »Report« die Geschäftsverbindung öffentlich machte, hat die Deutsche Bank ein Kündigungsverfahren eingeleitet.

Auch die Volksbanken in Pirna, Itzehoe und im Untertaunus sowie die Raiffeisenbank Lauenburg hatten nach Angaben von Report »braune Konten«. Erst nachdem Report aufdeckte und der Bundesverband der Volks-

und Raiffeisenbanken die Filialen rügte, kündigten sie die braunen Konten. Die Volksbank Riesa streut sich allerdings noch. Ihr Vorstand verweist auf das geltende Bankgeheimnis.

Unter den ertrappten Geldinstituten befinden sich auch die Raiffeisen Volksbanken in Neuötting und Saale-Orla, Altenburger Land und Coburg Rennsteig, außerdem die Erfurter Bank, die Bank »Saar 1« sowie die Postbanken in Dortmund und Karlsruhe. Beide Postkonten sollen inzwischen gekündigt sein. Nach Angaben des Bankrechts-Experten Georg Borges, sind private Banken weder verpflichtet Konten zu gewähren, noch bestehende Geschäftsverbindungen aufrecht zu erhalten. Borges: »Private Banken in diesem Sinne sind auch Volks- und Raiffeisenbanken und die Postbank.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Eine Liste der Banken, wo Nazis ihre Gelder anlegen:

► www.igmetall.de/metallzeitung

TITEL



21. ORDENTLICHER GEWERKSCHAFTSTAG

IG Metall baut auf eigene Kraft und Selbstvertrauen

Zuversicht demonstrierte die IG Metall in Leipzig. »Wir haben gezeigt, dass wir ein ernst zu nehmender und konfliktfähiger Akteur sind«, sagte der Zweite Vorsitzende Detlef Wetzels zum Abschluss des Gewerkschaftstages. Sieben Tage lang schnürten die rund 500 Delegierten das Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre. Zu den wichtigsten Themen gehören neben der Tarifpolitik die Humanisierung der Arbeit und die Leiharbeit. Die alles entscheidende Frage lautet für den Ersten Vorsitzenden, Berthold Huber, allerdings: Wie gewinnt die IG Metall neue Mitglieder?

Signal an Leiharbeiter

Mit dem »Leipziger Signal« hat der Gewerkschaftstag miserablen Arbeitsbedingungen in der Leiharbeit den Kampf angesagt. Mit einer bundesweiten Kampagne will sich die IG Metall in den nächsten Monaten in hunderten Betrieben für »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« einsetzen. Die Verdrängung regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit und Lohndumping will sie stoppen.

Die Delegierten forderten, Leiharbeiter müssen vom ersten Tag an zu den gleichen Bedingungen wie die Stammbesellschaft beschäftigt und ihr Einsatz auf ein Jahr begrenzt werden. Unternehmen dürften Leiharbeit nur einsetzen, um Auftragsspitzen abzufedern. Von der Politik erwartet die Gewerkschaft, dass sie Existenzsichernde Arbeitsbedingungen in der Zeitarbeitsbranche schafft. Mit ihrer Initiative richtet sich die IG Metall also direkt an die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Das Signal an sie lautet: »Wir sind die Gewerkschaft für Leiharbeiter.«

Fotos: Transit-Leipzig, Starlight, Michael Schinke

Kreative Lösungen statt Einheits-Rente mit 67

Die Rente mit 67 ist für die IG Metall noch nicht »gegessen«. Die Aktivitäten, die sie 2006 gestartet hatte, um die Rente mit 65 zu retten, sollen weitergehen. Die Zeit vor der nächsten Bundestagswahl will die IG Metall nutzen, um bei den Parlamentariern Überzeugungsarbeit zu leisten. 2010 plant die Regierungskoalition die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu überprüfen und davon abhängig machen, ob das Rentenalter tatsächlich, wie geplant, ab 2012 schrittweise steigt.

Außerdem forderten die Delegierten in Leipzig, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter mit 60 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können, wenn sie 40 Versicherungsjahre haben. Ein ganzes Bündel von Gesetzesänderungen soll Älteren den Wechsel in eine Rente ohne Armut ermöglichen: So soll der Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtert, Altersteilzeit auch nach 2009 gefördert und die Teilrente durch bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten attraktiver werden. Auch tarifpolitisch will die IG Metall einiges verbessern: Etwa durch stufenweise kürzere Arbeitszeiten für Ältere, die gesundheitlich besonders belastet sind, und andere neue Ausstiegsmodelle.

Bei »Pforzheim« besser koordinieren

Viele Menschen denken bei »Pforzheim« an Urlaub im Schwarzwald. IG Metall-Mitglieder denken aber vor allem an den Tarifvertrag, der nach der Stadt benannt wurde, in der der Vertrag 2004 abgeschlossen wurde. Er legte klare Bedingungen fest, unter denen Firmen vom Flächentarifvertrag abweichen können. Damit wollte die IG Metall den grassierenden Wildwuchs beenden. 2005 hatte der IG Metall-Vorstand



STIMMEN

Valter Sanches, CUT Brasilien

»Es ist immer wieder sehr interessant für uns, wie geschlossen sich die IG Metall zeigt. In anderen Ländern gibt es nicht nur große Unterschiede zwischen einer unglaublichen Vielzahl von Gewerkschaften. Auch in den einzelnen Gewerkschaften herrscht oft große Uneinigkeit.«

Stefan Löfven, Vorsitzender IF Metall, Schweden:

»Die IG Metall ist eine sehr wichtige Gewerkschaft, für die Arbeiter in Deutschland, aber auch für die Arbeiter in Europa. Sie hat auf diesem Gewerkschaftstag gezeigt, dass sie eine starke Gewerkschaft ist. Mit Berthold Huber hat sie einen sehr erfahrenen Mann an ihre Spitze gewählt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihm.«

Peter Scherrer, Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbunds, Brüssel:

»Vom Gewerkschaftstag in Leipzig geht Zuversicht und Aufbruch aus. Geeint und solidarisch für eine starke Gewerkschaftsbewegung in Deutschland aber auch in Europa und weltweit, das sind zentrale und wichtige Botschaften, die dieser Kongress überzeugend verkörpert hat.«

Marcello Malentacchi, Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds, Genf:

»Der Kongress hat gezeigt: Die IG Metall ist wieder da mit neuem Elan. In den Debatten herrschte große Einigkeit und Optimismus für die Zukunft. Das größte Problem bleibt aber: Wie gewinnen wir junge Menschen für die Gewerkschaft? Viele haben diese Frage angesprochen. Berthold Huber gab dem Thema erste Priorität. Doch das reicht nicht. Wir brauchen neue Ideen, damit sich junge Menschen in unseren Organisationen engagieren. Vermisst habe ich allerdings bei dem Kongress eine internationale Dimension. Das wundert mich besonders, weil viele Delegierte ihre Wurzeln in anderen europäischen Ländern haben.«

TITEL

»Koordinierungsregeln« verabschiedet. Darin steht, wie mit den Anträgen verfahren werden soll, und was inhaltlich vereinbart werden darf. Wie das in der Praxis abläuft, ist aus Sicht vieler Delegierte verbesserungsbedürftig. Vor allem müssen die Verhandlungen an einzelnen Standorten besser innerhalb der Konzerne und auch länderübergreifend koordiniert werden. Ob die Arbeitgeber ihre Zusagen halten – zum Beispiel mehr zu investieren – soll konsequent kontrolliert werden. Das A und O ist, dass die Mitglieder im Betrieb von Anfang an den »Pforzheim«-Prozessen beteiligt werden. Damit steht und fällt der Erfolg.

Jugend braucht qualifizierte, gut bezahlte Arbeit

Ob Azubis eingestellt werden, ist Sache der Arbeitgeber. Und die tun zu wenig. Wenn die Firmen die Ausbildungsmisere nicht beseitigen können, muss die Politik agieren: Firmen, die nicht ausbilden, sollen eine Umlage zahlen, aus der zusätzliche betriebliche Ausbildung finanziert wird. Das forderten Jugendliche auf einem riesigen Transparent, als Angela Merkel zum Gewerkschaftstag kam. Berthold Huber mahnte mehr Engagement der Regierung für Ausbildungsplätze an. Immer mehr Firmen beschäftigen qualifizierte junge Leute als Praktikanten, ohne ihnen auch nur einen Cent zu zahlen. Das soll sich ändern. Die IG Metall strebt an, ihre Bezahlung tariflich zu regeln. Auch für Jugendliche, die eine Ausbildung mit einem Studium kombinieren, sollen künftige Tarifabschlüsse etwas bieten, zum Beispiel soll der Arbeitgeber alle Kosten des Studiums tragen und sie nach der Ausbildung mindestens zwölf Monate übernehmen. Studiengebühren sollen wieder abgeschafft werden.

Menschen beteiligen – Mitglieder gewinnen

Die Frage der Mitgliederentwicklung steht für die IG Metall auch in den kommenden Jahren an erster Stelle. Die Gewerkschaft will alle Aktionen und Initiativen an der Frage ausrichten, ob sie damit neue Mitglieder gewinnt oder ehemalige zurückholt. Erfolgreich war die IG Metall bei der Mitgliederwerbung in den Betrieben immer dann, wenn Beschäftigte an Entscheidungen beteiligt wurden. Diesen Weg will die Gewerkschaft weiter ausbauen und die Menschen mehr einbeziehen. Besonders bei den Jüngeren will die IG Metall zulegen, indem sie sich weiter für Ausbildungsplätze und Übernahme nach der Prüfung engagiert. Aber sie setzt auch auf neue Konzepte, um Mitglieder an der Schwelle von der Ausbildung zum Beruf zu halten. Auch auf dem Gewerkschaftstag war die Jugend nur schwach vertreten: Das Durchschnittsalter der Delegierten betrug 48 Jahre.

IG Metall hat Alternativen zum Sozialabbau

Heftige Kritik übten die Delegierten an der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Das Ziel, Arbeitslose zu fördern, sei nicht erreicht worden, kritisiert die Entschließung 4. Stattdessen würden »massiv« Ein-Euro-Jobs eingesetzt, die reguläre Arbeit verdrängten. Die IG Metall fordert darum »die Abschaffung von Ein-Euro-Jobs«. Stattdessen seien politische Maßnahmen nötig, die »reguläre, sozialversicherungspflichtige, tariflich geregelte Beschäftigung« schafft. Zur Finanzierung des Gesundheitssystems setzt sich die IG Metall für die Bürgerversiche-

Foto: Michael Schinke



Wolfgang Räsche, Salzgitter: »Wir müssen am Thema Rente mit 67 dran bleiben, unsere Abgeordneten unter Druck setzen und Öffentlichkeitsarbeit machen.«



Reiner Heyse, Kiel: »Die Kollegen wollen informiert sein, sich einbringen, Konfliktlösungen erarbeiten. Sie wollen über ihre eigenen Dinge mitbestimmen.«



Anny Heike, Fürth: »Gerechtigkeit ist nicht nur in der Tarifpolitik erforderlich. Es ist wichtig, dass wir uns intensiv mit der Sozialpolitik auseinandersetzen.«



Werner Schrott, Heilbronn-Neckarsulm: »Wer tabulos über Kernenergie reden will, der sollte auch tabulos über die Folgen der Entsorgung nachdenken.«



Angelika Klahr, Berlin: »Der ALG II-Regelsatz von 347 Euro müsste im ersten Schritt auf 420 Euro steigen, um auch nur das frühere Sozialhilfe-Niveau zu erreichen.«

rung ein. Beim Arbeitslosengeld stimmten die Delegierten für eine »nach Beitragsmonaten gestaffelte Erhöhung der Regelbezugsdauer auf bis zu 24 Monate«, außerdem deutlich höhere Regelsätze. Die gesetzliche Rentenversicherung soll zu einer »Erwerbstätigenversicherung« umgebaut werden, in die auch Selbstständige und Beamte einzahlen. Die Versicherung könne auch in Zukunft den Lebensstandard sichern – dafür erarbeitet die IG Metall mit dem DGB ein Gesamtkonzept.

Gute Arbeit fällt nicht vom Himmel

An vielen Produktionsbändern haben sich die Takte inzwischen auf unter eine Minute verkürzt, und in manchen Branchen kennen Beschäftigte nur noch Zwölf-Stunden-Schichten. Wer mit 30 Jahren solchen Belastungen ausgesetzt ist, wird kaum bis 60 durchhalten. Damit Menschen ein Arbeitsleben lang gesund und qualifiziert bleiben, will die IG Metall das Projekt »Gute Arbeit« als festes Arbeitsfeld fortführen. Außerdem plant sie, Fragen der Gesundheitsförderung, Arbeitszeitgestaltung und Belastungsspitzen auch in Tarifverträgen anzupacken. An Arbeitsplätzen, die stark belasten wie in der Montage, sprachen sich einige Delegierte für längere Pausen aus. Für Beschäftigte ab 55 Jahren forderten sie einen Anspruch auf einen Nicht-Schicht-Arbeitsplatz.

Vom Ökopfad zur Ökoautobahn

»Der dramatische Klimawandel verursacht enorme ökologische und ökonomische Schäden«, analysiert die Entschließung 2. Die IG Metall fordert daher, das Energiesystem in den nächsten 15 Jahren umzubauen. Richtschnur dafür ist der Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs, die Emissionen der Treibhausgase bis 2020 um mindestens 20 Prozent zu verringern. Bis 2050 soll der Kohlendioxid-Ausstoß um die Hälfte sinken. Alle Energieerzeuger müssen einbezogen werden.

Die IG Metall setzt auf mehr erneuerbare Energien. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch in der EU müsse bis 2020 auf 20 Prozent steigen. Dieser Kurs, so das geschäftsführende Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode, sei auch eine Chance für zukunftsfähige Arbeitsplätze: »Der Ökopfad ist zum Highway geworden. An diesem Highway müssen wir weiterarbeiten.« Rohstoffe müssten effizienter genutzt werden, warnt die IG Metall. Ihre Knappheit, steigende Preise und Umweltschäden erforderten das. Gleichzeitig hält die IG Metall am Atomausstieg fest.

Nazi-Organisationen verbieten

»Null-Toleranz« gegenüber Rechtsradikalen hat der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber gefordert. Die Neonazis besetzten zunehmend soziale Themen, an ihrer menschenfeindlichen Ideologie habe sich aber nichts geändert. Die Entschließung 1 weist darauf hin, dass rechtsextreme Gewalttaten zugenommen haben. »Man muss von politisch-organisatorisch stabilen neonazistischen Organisationen und einer wachsenden Bedrohung ausgehen«, warnt die IG Metall. Ein Antrag der Verwaltungsstelle Braunschweig, der »zielgerichtete Maßnahmen« verlangt, wurde mit einer Enthaltung angenommen. Der Antrag sieht vor, dass sich »alle Gliederungen der IG Metall« für ein Verbot aller faschistischen Organisationen einsetzen. ■

GROSSE KARTE FÜR DIE KANZLERIN

»Eine faire, ehrliche Zusammenarbeit« bot Angela Merkel der IG Metall an. Eine gute Gelegenheit, sie sofort zu erproben, wären neue Gesetze für Altersübergangsmodelle. Die fordert die IG Metall, und um das zu untermauern, überreichten die Delegierten aus Baden-Württemberg der Kanzlerin eine Riesen-Postkarte mit mehr als 2000 Unterschriften.



Foto: Michael Schinke

DAMIT KARMANN NICHT STIRBT

Um Unterstützung im Kampf um ihre Arbeitsplätze warben die Beschäftigten des Automobilzulieferers Karmann aus Osnabrück und Rheine bei den Delegierten. An den beiden Standorten stehen zurzeit jeweils rund 900 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Arbeitnehmervertreter appellierten an die Autohersteller, Karmann nicht sterben zu lassen.



Foto: Michael Schinke

Links zum Gewerkschaftstag

Wie will die IG Metall die Wirtschaft sozial, ökologisch und gerecht gestalten? Wie das »Pforzheimer Abkommen« weiterentwickeln? Dazu und zu anderen Themen des Gewerkschaftstags gibt es Reden, Pressedienste und weitere Informationen im Internet unter:

► www.igmetall.de → Die IG Metall
→ Gewerkschaftstag



Katinka Poensgen, Frankfurt am Main: »Wir müssen erkennen: Es gibt nicht nur irgendwelche irre Nazis. Dahinter stehen Strukturen, die das ermöglichen.«



Heinz Pfeffer, Rheine: »Wir wollen den Tarifvertrag 1 zu 1 einhalten, wissen aber: Das funktioniert nicht immer. Darum ist es gut, dass wir »Pforzheim« haben.«

ABSCHIED VON JÜRGEN PETERS

Nach der Wahl bedankte sich Berthold Huber bei denen, die aus dem Vorstand ausschieden: »Ihr habt über Jahre oder sogar Jahrzehnte den Kurs der IG Metall mitbestimmt und dadurch viel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land erreicht.« Jürgen Peters dankte er persönlich: »Die IG Metall hat unter deiner Führung an Stärke gewonnen«, lobte Huber seinen Vorgänger. Peters wünschte dem neuen Vorstand »Erfolg, Kraft und Zuversicht«. »Sorgt dafür, dass die IG Metall weiter die Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit bleibt.«



Fotos: Starlight

INTERVIEW

»Eine Gewerkschaft

Im Interview mit der **metallzeitung** erklärt der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, wo er in den nächsten Jahren die Schwerpunkte setzen wird.

metallzeitung: Erst einmal herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl zum Ersten Vorsitzenden.

Berthold Huber: Danke. Ich nehme diesen Glückwunsch gerne stellvertretend für die fünfhunde-eins Delegierten entgegen. Die Delegierten waren sehr geschlossen, sehr diskussionsfreudig und sehr einmütig. Das war bei diesem Gewerkschaftstag bemerkenswert.

metallzeitung: Leipzig stand unter dem Motto »Zukunft braucht Gerechtigkeit«. Warum?

Huber: Jüngste Studien zeigen erneut, dass immer weniger Menschen ein immer größeres Vermögen haben. Gleichzeitig hat die Hälfte der Beschäftigten – obwohl sie jeden Tag arbeitet – nichts auf der hohen Kante. An dieser Stelle braucht Deutschland und Europa mehr Gerechtigkeit. Es geht uns aber auch um die Ungerechtigkeit bei prekärer Beschäftigung wie beispielsweise Leiharbeit. Das ist ein Skandal. Und auch die Bildungsfrage bedrückt uns. Der Zustand unserer Schulen ist teilweise jämmerlich und besorgniserregend.

metallzeitung: Du bist selbst Vater ...

Huber: ... ich kenne die Not der Lehrerinnen und Lehrer meiner Kinder. Die Probleme in den Schulen wird man nicht allein über das Engagement von Eltern lösen. Dazu muss richtig viel Geld in die Hand genommen werden. Das ist die Aufgabe der Politik.

metallzeitung: Damit unser Bildungssystem gerechter wird?

Huber: Ja, denn es ist nicht gerecht, dass weniger als 20 Prozent der Kinder aus Arbeiterhaushalten aufgrund mangelnder Finanzen oder schlechter schulischer Förderung ein Hochschulstudium beginnen. Für eine gerechtere Zukunft müssen sich die Verhältnisse in vielen Bereichen ändern. Dafür werden wir uns einsetzen.

metallzeitung: Muss die Regierung andere Schwerpunkte setzen?

Huber: Beim Thema Arbeitslosengeld I gibt es ja ein paar kleine, sinnvolle Schritte. Aber der große Wurf ist das noch nicht. Bei vielen Fragen hat die IG Metall andere Meinungen. Beispielsweise beim

DIE 501 DELEGIERTEN WÄHLTEN EIN STARKES NEUES TEAM AN DIE SPITZE DER IG METALL

Seit 1972 erhielt kein Erster Vorsitzender der IG Metall mehr so viele Stimmen wie Berthold Huber: 462 der 499 Delegierten votierten für den 57-jährigen: 92,6 Prozent. Auch der neue Zweite, Detlef Wetzels, schnitt

sehr gut ab: 87,4 Prozent gaben dem bisherigen Bezirksleiter von Nordrhein-Westfalen ihre Stimme. Hauptkassierer Bertin Eichler, 55, »kas-

sierte« die meisten Ja-Stimmen: 96,6 Prozent. Der mit 46 Jahren Jüngste unter den neugewählten geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, Hans-Jürgen Urban, bekam 89,8 Prozent der Stimmen. Er ist neu im Vorstand, genau wie Helga Schwitzer, 56, für die 72,5 Prozent votierten. Für Wolfgang Rhode, 56, stimmten 80,3 Prozent, für Regina Görner 61,9 Prozent. Die beiden bisherigen Vorstandsmitglieder Kirsten Rölke und Wolf-Jürgen Röder hatten nicht wieder kandidiert.

Der Gewerkschaftstag wählte auch den neuen Vorstand (insgesamt 36 Mitglieder).



Foto: Transil-Leipzig

für alle«

Mindestentgelt: Es ist nicht akzeptabel, dass die CDU hier absolut blockiert. Aber auch rund um die Leiharbeit müssen neue politische Wege gefunden werden. Wir werden nicht zulassen, dass Leih- und Zeitarbeit – ob in Ost oder West – benutzt wird, um feste Arbeitsverhältnisse zu verdrängen. Und: Wir wollen natürlich eine Initiative gegen die Rente mit 67. Sie ist unsinnig und geht völlig an der Arbeitsrealität der Menschen vorbei.

metallzeitung: Was wird tarifpolitisch in den nächsten Jahren im Mittelpunkt stehen?

Huber: Es gibt vier wichtige Punkte. Zum einen die Leiharbeit, hier

Huber: Aktuell steht die Stahl-Tarifrunde an. Ende 2008 haben wir in der Metall- und Elektroindustrie eine Tarifrunde. In diesem Bereich sieht es besonders gut aus, denn der derzeitige Aufschwung basiert auf dieser Branche. Sie ist hochgradig produktiv und bietet höchste Qualität. Ist doch klar, dass die Menschen, die diesen Fortschritt erarbeiten, gerecht und fair an den Erfolgen beteiligt werden müssen. Außerdem kommen Tarifrunden bei Textil und Bekleidung, im Kfz-Handwerk sowie bei Holz und Kunststoff dazu. Also, ein dichtes Tarifjahr.

metallzeitung: Stichwort Arbeitszeitgestaltung, welchen Weg wird



Fotos: Frank Rumpenhorst

Berthold Huber spricht mit **metallzeitung**-Chefredakteurin Susanne Rohmund.

ist unser Ziel gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dann das Thema Mindestentgelt: Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Drittens: die Frage des Altersübergangs. Hier muss es differenzierte Lösungen geben. Kein Beschäftigter kann 40 Jahre oder sogar noch länger Schicht arbeiten oder im 1-Minuten-Takt am Fließband stehen. Und viertens ist das Kfz-Handwerk eine große Herausforderung. Dort sind 470 000 Menschen beschäftigt. Die Arbeitgeber versuchen, den gesamten Bereich zur tariffreien Zone zu erklären. Das lassen wir nicht zu.

metallzeitung: Das Jahr 2008 wird also ein Mega-Tarifjahr?

die IG Metall künftig gehen?

Huber: Unser Anliegen ist, dass die effektive und die tarifliche Arbeitszeit möglichst nahe beieinander liegen. Das erfordert hohe Flexibilität.

metallzeitung: In unserem Organisationsbereich gibt es ganz unterschiedliche Anforderungen, was die Arbeitszeit angeht.

Huber: Das ist richtig. Für die Schichtarbeiter ist jede Viertelstunde mehr eine Überbeanspruchung. Hier muss die effektive Arbeitszeit runter. Bei den Ingenieurinnen und Ingenieuren wiederum geht es um das Thema Jahres- oder Lebensarbeitszeit. Und vielen Beschäftigten geht es um die Vereinbarkeit von Beruf



Berthold Huber: »Wir brauchen mehr differenzierte Antworten.«

und Familie. Hier brauchen wir in Zukunft mehr Antworten.

metallzeitung: Heißt das, dass sich die IG Metall künftig mehr um die Anliegen der Frauen kümmert?

Huber: Frauen sind nicht im gleichen Maß organisiert wie Männer. Das hat Gründe: zum Beispiel die Entgeltgerechtigkeit oder die Aufstiegschancen. Gleichstellungsvereinbarungen, wie bei Daimler-Chrysler, sind dabei der richtige Weg – für Männer und Frauen. Wir müssen überlegen, wie wir über Tarifverträge und unsere Instrumentarien solche Entwicklungen vorantreiben.

metallzeitung: Sind das Beispiele, wie die IG Metall im Bereich der

Mitgliederentwicklung und beim Service neue Wege gehen will?

Huber: Ja, ob bei den Frauen, der Jugend, bei Migrantinnen, bei Angestellten oder auch bei Ingenieuren: Nicht sie müssen auf die IG Metall zugehen, sondern wir müssen uns um sie kümmern, um ihre differenzierten Probleme. Dafür brauchen wir neue Ansätze, neue Ideen, um Mitglieder zu werben und Mitglieder zu binden.

metallzeitung: Also Differenzierung und Zielgruppenansprache durch alle Bereiche hindurch?

Huber: Ja. Wir müssen offen sein für die Bedürfnisse aller Beschäftigten. Beteiligung noch mehr leben. Die IG Metall ist und bleibt die Gewerkschaft für alle. ■

DER LESER HAT DAS WORT

Skrupellose Plünderer**metallzeitung 11/2007, Reportage, »Kreative Totengräber«**

»Auch uns ist es so ergangen mit der in Insolvenz gegangenen Firma. Durch drei Arbeitsgerichtsprozesse sind wir gegangen und haben verloren – ohne Ausgleich, Abfindung oder sonstiges. Die Firma hat sich gesplittet und arbeitet einen Tag später unter geändertem Namen weiter. In den gleichen Räumen, mit jüngeren Arbeitnehmern und so, als wäre nichts geschehen. Es ist eine große Ungerechtigkeit, was uns widerfahren ist. Und wir können uns dagegen nicht wehren. Auch oder gerade die Politik lässt uns im Stich.«

Peter Landskron, per E-Mail

»Ihre Reportage wirkt ermutigend, selbstbewusst, kampfbereit und aufklärerisch. Weshalb nur lassen Sie sich beeindrucken vom eindringlichen Verbot des anwaltlichen Firmenbestatters zu Potsdam, dessen Namen zu nennen? War er doch anscheinend

selbst so frei, sich vor vier Jahren in der »Märkischen Allgemeinen Zeitung« als »ein bisschen kreativ in der Marktwirtschaft« zu outen. Solchen skrupellos plündernden Spießgesellen muss doch das Handwerk – wenn schon nicht durch die metallzeitung gelegt – so doch zumindest erschwert werden.«

Albrecht Haslinger (Rechtsanwalt), Ingolstadt**Verunglimpfte Nichtraucher****metallzeitung 11/2007, Arbeit, »Gute Luft und gutes Klima«**

»Bei mir erweckt der Artikel den Eindruck vom armen Raucher, der wegen der wenigen Nichtraucher in menschenunwürdigen und schlecht belüfteten Räumen seiner Sucht nachgehen muss. Als Nichtraucher kämpfe ich seit zwei Jahren um einen rauchfreien Arbeitsplatz. Wegen der Uneinsichtigkeit meiner Vorgesetzten, werde ich oft als panikmachender, aggressiver und intoleranter Zeitgenosse verunglimpft.«

Andreas Hauff, Plochingen

»Gerade der Versuch faire und praktikable Lösungen zu finden führt nach meiner Erfahrung zu Spannungen in der Belegschaft, weil es solche Lösungen nicht gibt. Zwar kann ich verstehen, dass es Rauchern nicht leichtfällt, aufs Rauchen zu verzichten. Aber für die ganzen Versuche, es ihnen rechtzumachen, habe ich kein Verständnis. Es ist einfach nicht diskutabel, dass das Recht auf reine Atemluft über dem Recht steht, einer Sucht nachzugehen.«

Rolf Lucius, per E-Mail**Alles Verbrecher****metallzeitung 11/2007, Arbeit, »Online-Durchsuchung«**

»Wir alle müssen strikt gegen die geplante Online-Durchsuchung

vorgehen. Nicht weil wir etwas zu verbergen hätten. Sondern weil uns diejenigen (am anderen Ende der Leitung) alles auf die Festplatte spielen können, was sie möglicherweise zur Beförderung brauchen oder gar, um beim Chef zu punkten. Online gibt es nämlich keine weiteren Zeugen, wie bei einer Hausdurchsuchung. Zudem ist nicht geklärt, ob und wie bei einem falschen Verdacht das Spionageprogramm entfernt wird. Wenn solche Programme erstmal auf dem Computer sind, können auch Hacker diesen Zugang zum Rechner nutzen. In Schäubles Wahnvorstellungen sind wir zunächst mal alle Verbrecher, die es zu überwachen gilt. So nicht!«

Gerd Schmid, per E-Mail

MITMACHEN SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Leserbriefe: Entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbriefe, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bei Zuschriften per E-Mail bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen.

LESERFOTO DES MONATS



Michael Gietl schoss diesmal das Leserfoto des Monats. Gietl arbeitet bei der Demag-Ergotech in Schwaig bei Nürnberg als Industriemechaniker. In seiner Freizeit ist er Hobbyfotograf. Das Foto zeigt zwei seiner jungen Kollegen in einer Lackierkabine. Die beiden sind Zwillinge. Sie heißen Stefan und Thomas Steger und sind 23 Jahre alt. Seit dem Kindergarten, dann in der Schule, und jetzt bei der Demag-Ergotech als Industriemechaniker in der Ausbildung: Sie gehen immer den selben gemeinsamen Weg. »Nur bei den Frauen gehen sie getrennte Wege. Da hat jeder was Eigenes«, erzählt Michael Gietl lachend. Alle drei sind natürlich IG Metall-Mitglieder. Das Foto entstand übrigens im vergangenen Jahr als Weihnachtsgeschenk für die Mutter der beiden Zwillinge.

MITMACHEN FOTOWETTBEWERB

Schicke uns dein Digitalfoto zum Thema: »**Mensch und Arbeit.**« Bei einer Veröffentlichung in der metallzeitung verlosen wir diesmal ein multifunktionales Braun-Digital-Radio. Weitere Informationen zum Wettbewerb sowie Teilnahmebedingungen findest du unter: ► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI WERNER MORITZ

Nur in Rente, nicht im Ruhestand

Seit 15 Jahren hat Werner Moritz keinen einzigen Gewerkschaftstag der IG Metall verpasst. Der Rentner will dabei sein, wenn seine Gewerkschaft die Weichen für ihre Zukunft stellt. Mit 73 Jahren war der Berliner in diesem Jahr der älteste Delegierte und ältester Redner auf dem 21. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in Leipzig.

An diesem Donnerstag hat es Werner Moritz eilig. Der vierte Tag des Gewerkschaftstags begann für ihn mit einer Panne. In der S-Bahn stand er vor einer defekten Tür und musste eine Station weiterfahren. Mit dem Taxi schafft er es aber dann doch noch rechtzeitig zur Messe. Pünktlich um neun sitzt er an seinem Platz, vorne in der dritten Reihe unter den Delegierten des Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen.

Schon sein Tonfall verrät, woher Moritz kommt. Immer wieder klingt bei ihm ein zackiges »ick« durch. In Berlin wurde er geboren, und er hat seine Heimatstadt nie verlassen. Vor 58 Jahren trat er hier in die Gewerkschaft ein. In der DDR war er 30 Jahre lang Vertrauensmann und nach der Wende dann Betriebsrat.

1994 ging Werner Moritz in Rente. Doch Rente heißt für den Berliner nicht Ruhestand. Seit 1996 ist er Sprecher des Seniorenkreises der IG Metall-Verwaltungsstelle Berlin. »Ich wurde immer wieder gewählt«, sagt Moritz. Dann lacht er und fügt hinzu: »Vielleicht wollte es auch kein anderer machen.« Sein wichtigstes Anliegen ist seither: gleiche Rentenwerte in Ost und West. »Ich kann mich nicht damit abfinden, dass wir immer noch ein geteiltes Rentenvolk sind.«

Moritz hat jede Fraktion im Bundestag angeschrieben, er hat eine Petition eingereicht und war Mitglied einer Arbeitsgruppe zur Rente um den früheren brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe.

Auch auf dem Gewerkschaftstag sind die unterschiedlichen Rentenwerte ein Thema. Moritz hat einen Antrag dazu gestellt. Heute wird darüber abgestimmt. Doch noch diskutieren die Delegierten andere Themen. Nach Umwelt und Klimawandel geht es um Ein-Euro-Jobs und die Rente mit 67. Dann müssen alle den Saal räumen: Sicherheit-überprüfung – die Bundeskanzlerin kommt. Halb im Scherz grummelt der Delegierte Moritz: »Ein bisschen halten uns die Reden schon von der Arbeit ab.« Allerdings war das auf vergangenen Gewerkschaftstagen schlimmer, als noch Vertreter verschiedener Parteien zu den Delegierten sprachen, erinnert sich Moritz. »Da wurde das Programm



Foto: Michael Schinke

Wenn es um die Zukunft der IG Metall geht, ist der Berliner Werner Moritz dabei.

schon gestrafft.« Den Besuch von Angela Merkel findet er für seine IG Metall wichtig. »Das wertet unseren Gewerkschaftstag auf.«

Er nutzt die kurze Pause und macht sich Notizen. Wenn am Nachmittag sein Antrag aufgerufen wird, will er noch ein paar Worte sagen. Damit kann er sein Thema vielleicht aufwerten, hofft er. Aber er weiß: »Das klappt nur selten.« Leipzig ist schließlich schon sein fünfter Gewerkschaftstag. Moritz ist froh, wieder dabei zu sein. Auch wenn es manchmal eine Tortur war. »Der Gewerkschaftstag ist das wichtigste Gremium. Hier werden die Weichen gestellt.«

Am späten Nachmittag ist es soweit. Das Präsidium ruft seinen Antrag auf. Werner Moritz geht zum Rednerpult, seinen Notizzettel hat er liegen gelassen. Sein Thema kennt er in- und auswendig. Er spricht da-

von, dass der Rentenwert im Osten zwölf Prozent niedriger liegt als im Westen, und dass die Angleichung eigentlich schon vor zehn Jahren stattfinden sollte. Dann wird abgestimmt. Sein Antrag kommt als Material zum Themenbereich Sozialpolitik.

Mit der Entscheidung ist Moritz zufrieden. Nur über sich selbst ärgert er sich ein wenig. In seiner Rede hat er dafür plädiert, den Antrag als Material an den Vorstand zu geben. »Ich habe da die Prioritäten der verschiedenen Beschlussmöglichkeiten durcheinander gebracht.« Doch wichtiger ist ihm: Über sein Anliegen wird weiter geredet. Vielleicht auch im Bundesarbeitsministerium. In der Pause kam ein Ministeriumsmitarbeiter zu ihm und gab ihm seine Karte. Moritz soll sich mal bei ihm melden. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

RECHT SO

Rauchen: Nichtraucher haben mehr Rechte

metallzeitung: Nichtraucherenschutz ist in aller Munde und sicherlich auch sinnvoll. Die gesetzlichen Regelungen zum Schutz der Nichtraucher sind in den letzten Jahren ausgedehnt worden, auch wenn sich so mancher Raucher inzwischen diskriminiert fühlt. Wie weit reichen die Rechte für Nichtraucher?

Carsten Schuld: Nach langem Ringen wird der Schutz der Nichtraucher inzwischen sehr ernst genommen, wie auch die regionalen Rauchverbote zeigen. Am Arbeitsplatz werden Nichtraucher durch die Arbeitsstättenverordnung von 2004, zuletzt geändert im Jahr 2007, eindeutig geschützt: Der Arbeitgeber ist danach verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die nichtrauchenden Beschäftigten wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch geschützt sind. Es liegt nicht in seinem Ermessen, ob er etwas tut, sondern nur, was er tut. Nichtraucher haben einen Anspruch auf rauchfreie Gemeinschaftsräume und auf ein rauchfreies Büro.

Natürlich gibt es weiterhin viele rauchende Kolleginnen und Kollegen. Um diese nicht vollends auszugrenzen, gleichzeitig aber den Nichtraucherchutz effektiv umzusetzen, kann eine Betriebsvereinbarung zum Rauchen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat sinnvoll sein. Diese könnte regeln, ob es Raucherzimmer gibt, ob in Einzelbüros geraucht werden darf

oder wie Raucherpausen in die Arbeitszeit integriert werden. Weil die Gegebenheiten von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich sein können, ist eine unternehmensweit einheitliche Lösung nicht zwingend.

Noch 1999 hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) gefordert, dass im Umgang mit Rauchern die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben muss. Und dass Raucher ein Recht auf Raucherzimmer haben. Angesichts der veränderten allgemeinen Rechtslage würde das BAG heute sicher nicht noch einmal so urteilen. Raucher, die sich nun auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) beziehen, um einen Raucherschutz durchzusetzen, haben keine Erfolgchancen: Das AGG zählt Rauchen nicht zu den vor Diskriminierung geschützten Rechtsgütern. ■

Carsten Schuld,
Jurist beim DGB-
Rechtsschutz
beantwortet hier
jeden Monat Eure
Fragen.



Foto: Jürgen Hedwig

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

- www.igmetall.de/metallzeitung
- www.dgbrechtsschutz.de

AUSSTELLER AUF DEM GEWERKSCHAFTSTAG

Viele Angebote für Delegierte

In Leipzig gab es mehr als hundert Aussteller, die Angebote präsentierten. Doch nicht nur am Gewerkschaftstag können Delegierte oder Mitglieder davon profitieren. Es gibt zahlreiche Dienstleister und Organisationen, die ständig attraktiven Service oder interessante Projekte bieten. Hier eine Auswahl.

Arbeitslosenvereine

Es gibt zahlreiche Arbeitslosenvereine, mit denen die IG Metall zusammenarbeitet. Der »Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit« mit Sitz in Berlin ist Träger der »Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen-Gruppen«. Ziel: Das Netzwerk der Erwerbslosen zu verbreiten und zu verknüpfen. ■

Mehr Infos und Spendenkonto:

- www.erwerbslos.de

Büchergilde: Gute Bücher

Lust an guten und schönen Büchern? Seit 1924 bietet die gewerkschaftsnahe Büchergilde ein Programm mit anspruchsvollen und ausgezeichneten Büchern. Der Vorteil für IG Metall-Mitglieder: Bücher, Musik und Filme gibt es 20 Prozent preiswerter als bei den Originalverlagen. ■

Mehr Infos zur Büchergilde:

- www.buechergilde.de

Bibliothek: Große Auswahl

Die Zentralbibliothek der IG Metall in Frankfurt am Main gehört in Deutschland zu den größten Präsenzbibliotheken mit gewerkschaftsrelevanter Literatur. Sie versorgt zwar vor allem Beschäftigte der IG Metall mit Informationen ist aber auch für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich. Vor dem Besuch wird um Anmeldung gebeten. ■

Anmeldung unter:

- zentralbibliothek@igmetall.de



ACE: Preiswerte Tarife

Der Auto Club Europa (ACE) bietet Gewerkschaftsmitgliedern exklusive Angebote. Derzeit gibt es eine ACE-Mitgliedschaft, mit zwei Jahre Schutz, zum Einstiegspreis von einem Jahr in Höhe von 57,50 Euro. Junge Metallerinnen und Metaller zahlen während ihrer Ausbildung sogar nur 28,75 Euro pro Jahr. ■

Mehr Infos zum ACE:

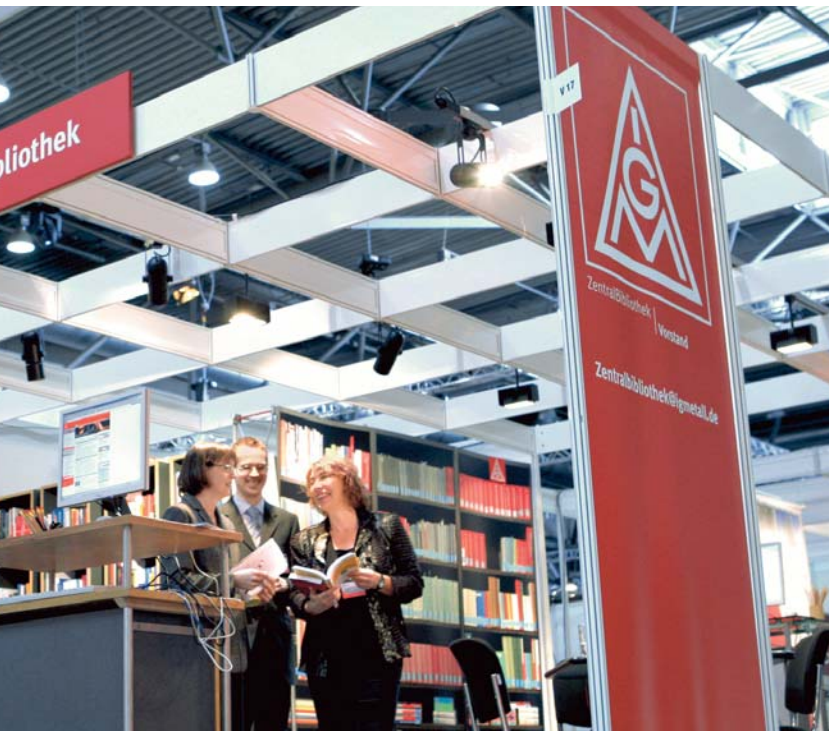
- www.ace-online.de
- Oder unter: 01802-336677

Der ACE-Stand in Leipzig.



Fotos: Michael Schinke

und Mitglieder der IG Metall



Fotos: Michael Schinke

Die Zentralbibliothek der IG Metall war eine der Ausstellerinnen.

DGB-Reisen: Tolle Gruppen

Der Reiseveranstalter DGB-Reisen organisiert seit 45 Jahren gewerkschaftliche Gruppenreisen. Dabei werden nur geprüfte Unterkünfte angeboten. DGB-Reisen arbeitet mit zuverlässigen Partnern und Versicherungsträgern zusammen. Es werden sowohl Schulungen, Seminare aber auch Betriebsausflüge organisiert. ■

Mehr Infos:

► www.dgb-reisen.de

Biker: Unterwegs sein

»Worker Wheels« heißt das Netzwerk für Motorradfahrer in der IG Metall. Denn: Mit dem Biken ist es wie mit der Gewerkschaftsarbeit – gemeinsam erreicht man mehr, und es macht auch mehr Spaß. Neben gemeinsamen Fahrten organisieren die »Worker Wheels« Sicherheitstrainings sowie Motorraddemos. Außerdem gibt es politische Touren. ■

Das Programm der Biker sowie eine »Bikerliste«:

► www.worker-wheels.de

VVN: Gegen Nazis

Die IG Metall kämpft gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. Dabei arbeitet sie mit Organisationen wie beispielsweise der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BDA) zusammen. Aber auch bei der IG Metall vor Ort gibt es Gruppen, die Aktionen, Ausstellungen und Proteste gegen Rechtsextremismus organisieren. ■

Mehr Infos:

► www.igmetall.de/metallzeitung

→ Themen

→ Rechtsextremismus

► www.vvn-bda.de

► www.arug.de

IFA-Hotels: Rabatte

Das private Reiseunternehmen IFA-Hotels bietet Metallern sowie deren Mitreisenden zehn Prozent Rabatt. Das gilt für 23 Hotels in sechs Ländern. ■

Angebote und der neue Katalog:

► www.ifa-hotels.de

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

Nach der Beschwerde folgte die Kündigung

metallzeitung traf Wolfgang K. (44). Der Metaller ist arbeitslos und auf Zeitarbeitsfirmen gar nicht gut zu sprechen.

metallzeitung: Was hast du in den letzten Monaten erlebt?

Wolfgang: Vor kurzem hatte ich volle zwei Tage lang einen Job bei einer Leiharbeitsfirma. Am dritten Tag bekam ich die Kündigung. Ich hatte mich mit Kollegen über die miese Bezahlung beschwert. Trotz einer Arbeitszeit von mehr als 42 Stunden pro, hätte ich ganze 100 Euro mehr in der Tasche als mit Arbeitslosengeld II gehabt. Zwar bekam ich 7,81 Euro pro Stunde, aber laut Arbeitsvertrag und Tarif wären mir unabhängig von der anfallenden Arbeitszeit nur 151 Stunden pro Monat bezahlt worden. Der Rest geht auf das berüchtigte Zeitzkonto.

metallzeitung: Wie kommst du darauf, dass dir wegen deiner Äußerung gekündigt wurde?

Wolfgang: Weil der Mitarbeiter der Leiharbeitsfirma es mir so gesagt hat. O-Ton: »So etwas können wir hier nicht gebrauchen.« Ich kann nur vermuten, dass mein Kollege meine Beschwerde weitergetragen hat. Damit hätte ich nie gerechnet.

metallzeitung: Wie schwer ist es für dich auf dem Arbeitsmarkt?

Wolfgang: Ich bin zwar gelernter IT-Kaufmann, aber ich habe jahrelang als IT-Spezialist gearbeitet. Mit meinen 44 Jahren habe ich da keine Chance mehr, und aus dem kaufmännischen Bereich bin ich zu lange draußen. Wenn ich zum Arbeitsamt gehe, bekomme ich nur eine Liste mit Leiharbeitsfirmen.

metallzeitung: Was wurmt dich dabei am meisten?

Wolfgang: Die schlechte Bezahlung und die Arroganz vieler Arbeitgeber. Als ich bei einer anderen Leiharbeitsfirma auf

die Frage nach meinen Verdienstvorstellungen antwortete: »Hoch genug, um aus Hartz IV herauszukommen.«, da verabschiedete mich der Chef mit den Worten: »Vielleicht haben Sie ja woanders mehr Glück.«

metallzeitung: Wie geht es dir?

Wolfgang: Es ging mir schon mal besser, selbst als Student. Vor 20 Jahren habe ich mit Nebenjobs im Lager und der Kommissionierung 16 bis 18 Mark



Foto (M): Privat

Leiharbeiter wollen unerkannt bleiben. Als Wolfgang K. sich beschwerte, flog er raus.

pro Stunde verdient. Heute bekomme ich für dieselben Tätigkeiten sechs bis sieben Euro angeboten – und das trotz höherer Lebenshaltungskosten. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Anzeige

LAUT UND LEISE

Widerstandskämpfer und Streikführer: Bleicher-Film

Als Widerstandskämpfer ist Gewerkschaftsführer Willi Bleicher nahezu unbekannt. Dabei gehörte er wie Oscar Schindler zu den ersten Deutschen, die in Israel als »Gerechte unter den Völkern« geehrt wurden. Ein anderes Kapitel im Leben Bleichers: 1963 und 1971 führte er die Metaller im Südwesen in Streiks, die weit über Baden-Württemberg hinaus für Aufmerksamkeit sorgten. In beiden Fällen ließ Arbeitgeberpräsident Martin Schleyer mehrere hunderttausend Metaller ausgesperrt. Ein neuer Film zeigt die Facetten Bleichers. Gedreht wurde er von IG Metall-Journalist Hermann G. Abmayr. Der Bleicher-Film kann als DVD für nicht-kommerzielle Zwecke im Bildungsbereich oder auch an Gedenkstätten entliehen werden.

► www.Willi-Bleicher-Film@t-online.de



Foto: PR

Dokumentationsfilm: »Das war der Gipfel«

Heiligendamm. Juni 2007. G8-Gipfel. Politiker der reichsten Nationen entscheiden über die Zukunft der Welt. Abgeschildert durch 17000 Sicherheitskräfte. Vor dem Zaun: Tausende von Globalisierungskritikerinnen und -kritiker, die demonstrieren, für eine soziale Globalisierung, die allen nützt – keine Kapitalherrschaft für wenige. Keßlers Film dokumentiert bunte Protestaktionen mit verschiedensten Menschen, darunter viele junge IG Metall-Mitglieder. Er lässt sie zu Wort kommen: Demonstranten, Anwohner, Politiker, Wissenschaftler. Er zeigt die wachsende Wut über Hubschrauber über den Zeltcamps, Verhaftungen und Gewalt. Eine authentische Chronik, die ein kritisches Licht auf eine Ängste schürende Medienberichterstattung – aber auch auf einen Staat wirft, der den Protest in eine terroristische Ecke stellen will. Doch der Film bleibt dabei immer auch kontrovers. ► www.neuewut.de



Foto: arbeiterfotografie.com

»Otto Brenner. Eine Biographie«: Buch in drei Bänden

In diesem Jahr wäre der langjährige IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner (gestorben 1972) 100 Jahre alt geworden. Sein Name ist mit den großen Erfolgen der IG Metall in der Nachkriegszeit verbunden: Mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit, die Fünf-Tage-Woche, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, mehr Urlaub. Jens Becker und Harald Jentsch zeigen in dieser Biographie, wie die IG Metall mit Brenner, oft gegen heftige Anfeindungen aus Politik und Wirtschaft, zu einem gesellschaftlichen Machtfaktor im Interesse der Arbeitnehmer wurde. Ergänzt und vertieft wird die Biographie durch ausgewählte Reden und Briefe Otto Brennens. Bestellung (rund 50 Euro):

► www.otto-brenner-stiftung.de



Foto: OBS

MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: ► metallzeitung@igmetall.de

GUTER RAT

Für Mitglieder: Sicherheit in Heim und Freizeit

Freizeit braucht Schutz. Mit der Freizeit-Unfallversicherung bietet die IG Metall ihren Mitgliedern einen besonderen Service.

Heim und Freizeit, das klingt fast wie Urlaub zu Hause. Doch hinter diesen Begriffen steckt weit mehr als nur Freizeitgestaltung: Haus- und Gartenarbeit, Essenszubereitung oder Heimwerken sowie Sport und Spiel. Dass diese Aktivitäten nicht ungefährlich sind, dafür spricht die Zahl von etwa 5,25 Millionen Heim- und Freizeitunfällen pro Jahr – Bagatellverletzungen nicht mitgerechnet.

Gegen Arbeitsunfälle sind Arbeitnehmer versichert. Anders ist es im Privatleben. Hier muss jeder für sich selbst Sorge tragen und besser ist es, denn: Allein bei der Zubereitung der täglichen Mahlzeiten ereignen sich jährlich etwa 220 000 Unfälle. Freizeit braucht Schutz, den die Mitglieder der IG Metall mit der Freizeit-Unfallversicherung bekommen, und zwar kostenlos. Dieser Service ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die Freizeit-Unfallversicherung mildert zwar nicht den Schmerz, aber zumindest die finanziellen Folgen.

Leistungen aus der Unfallversicherung bekommt, wer mindestens zwölf Monate Mitglied der IG Metall ist und den satzungsgemäßen Beitrag bezahlt hat.

Bei einem Krankenhausaufenthalt von wenigstens 48 Stunden bekommen Betroffene eine einmalige Entschädigung bis zum 30fachen des monatlichen Mitgliedsbeitrags, maximal 51 Euro pro stationärem Behandlungstag. Bei Vollinvalidität gibt es den 500fachen Monatsbeitrag als einmalige Entschädigung, bei Teilinvalidität entsprechende Beiträge. Im Todesfall erhalten die Hinterbliebenen den 200fachen Monatsbeitrag.

Nach einem Unfall sollten sich betroffene Mitglieder so schnell wie möglich bei ihrer zuständigen IG Metall-Verwaltungsstelle melden. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Mehr zu den starken Leistungen:

► www.igmetall.de

→ Freizeit-Unfallversicherung

→ Leistungen nach Satzung



Foto: bilderbox

Etwa 200 000 Menschen verletzen sich jährlich bei der Gartenarbeit.

RÄTSEL

1	2	3		4	5		6		7	8	9
10	9			11	6				12		10
13			14	14			15	16		21	
		17					18		5		
19	20		12			21	2			22	
23		16		24	25			26	27		
			28			15	29		4		30
31		32			33				34		
		35	1	36		37	19	38		39	13
40	41			42	43				44		
45	8		46				47		18	48	
49		50			3	51	11		52		53
		54	17					55		20	
56		7				57					

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
19	20	21															

WAAGERECHT

- 1 Gartenblume, Zierpflanze
- 6 Palmenfrucht (Kzw.)
- 10 sehr wichtige Person (engl., Abk.)
- 11 Publikumsliebhaber
- 12 Darstellung des nackten Körpers
- 13 Stadt in der europäischen Türkei
- 15 Hauptschlagader
- 17 Aufbewahrung
- 19 ältere weibliche Verwandte
- 21 wüst und leer
- 22 Autokennzeichen von Miesbach
- 23 Hirnstrombild (Abkürzung)
- 24 Autokennzeichen von Bitburg-Prüm
- 26 Nebenfluss der Aller
- 28 auferlegte Bürde
- 31 Stromspeichergerät (Kurzwort)
- 33 Schneid, Beherztheit
- 34 digitale Leitung (Abk.)
- 35 Alter (engl.)
- 37 griechische Vorsilbe für: erd...
- 39 Autokennzeichen von Aalen
- 40 ARD-Sender (Abk.)
- 42 Obdach, Nachtlager
- 45 französischer männlicher Artikel
- 46 heftiger Windstoß
- 47 waagerechtes Bauglied
- 49 Strom im Zentrum der USA
- 52 Zeiteinheit (Abk.)
- 54 Milchwirt
- 55 italienisch: gut
- 56 Autotour
- 57 Rückbuchung

SENKRECHT

- 1 Prachtstraße, Boulevard
- 2 weiche Lederart
- 3 Nachwort, Nachspiel, Ausklang
- 4 schriftliches Gesuch an eine Behörde
- 5 plötzlicher Einfall
- 6 verhornte Zehe der Huftiere
- 7 spärlich, dürrig, ärmlich
- 8 Monatsname (Abk.)
- 9 Schmutz
- 14 EDV-Speicher (Abk.)
- 16 Gerücht
- 18 Weißfisch, Plötze
- 20 Turngerät
- 22 Speiseraum der Studenten
- 25 Fluss in Thüringen
- 27 Abkochbrühe
- 28 Schulterteil vom Rind
- 29 Ende des Rückgrats
- 30 Werkstoff für Scheiben
- 31 Bewegungsraum
- 32 Hochgebirgsmulde
- 36 Hartgummi aus Naturkautschuk
- 38 japanischer Kimonogürtel
- 41 Nominativfragewort
- 43 Weintraubenernte
- 44 süddeutsche Weizenart
- 46 Berliner Wappentier
- 48 geistiger Gehalt
- 50 Tempomaß (Abk.)
- 51 Kunst (lat.)
- 53 griechisch: neu...
- 55 Autokennzeichen von Bochum

Die Gewinner

Das Lösungswort aus Oktober lautete:

Betriebsübergang

Erster Preis:

Otto Forchel, Schöneck,

Zweiter Preis

Christine Lorenz, Salzweg,

Dritter Preis:

David Klokowski,

Sommerschenburg.

Der Zusatzgewinn im Oktober: je ein IG Metall-Fußball geht an **Gerhard Holighaus, Dillenburg, Adrian Greif, Rastatt.**

Einsendeschluss

31. Dezember 2007

Zu gewinnen sind dieses Mal



Erster Preis

4 Übernachtungen für zwei Personen im IFA Fehmarn Hotel & Ferienzentrum ***/Burg auf Fehmarn.



Zweiter Preis

Ein original Steiff-Teddy »Petsy«.



Dritter Preis

»Rettet dem Dativ« – Das Spiel zum Buch.

Sonderpreise: Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung

■ drei Bücher **Armut im Überfluss – Nachrichten aus einer gespaltenen Gesellschaft** von Dorothee Beck und IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine sowie

■ zwei IG Metall-Fußbälle.

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und an die Redaktion senden: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60146 Frankfurt. Oder per E-Mail an metallzeitung@igmetall.de.

DA GEHT WAS

Schaeffler: Europa rückt zusammen

Auf der Landkarte der Europäischen Betriebsräte (EBR) gibt es einen weißen Fleck weniger. Anfang Oktober unterzeichneten die Geschäftsleitung der Schaeffler Gruppe in Herzogenaurach und Vertreter des Verhandlungsgremiums einen EBR-Vertrag. Für die Arbeitnehmervertreter gibt es schon jetzt viele Themen, die sie gemeinsam anpacken wollen.



Foto: Daniel Peter

Mit dem neuen Euro-Betriebsrat kommen sich für Norbert Lenhard die Beschäftigten in Europa näher.

Es war knapp. Aber für Hubert Schwind hat es gerade noch gereicht. Fast 20 Jahre lang hat der Gewerkschafter aus dem französischen Hagenau dafür gekämpft, bei seinem Arbeitgeber, der Schaeffler Gruppe, einen Europäischen Betriebsrat (EBR) einzurichten. »Ich habe immer gesagt, bevor ich in Rente gehe, kriege ich das hin.« Am 1. Januar wird Schwind in Rente gehen, und seit Oktober gibt es bei INA Schaeffler – mit den Marken LuK, INA, FAG – einen EBR-Vertrag.

In knapp 15 Monaten hatten die Arbeitnehmervertreter aus elf europäischen Ländern mit Unterstützung des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) einen Vertrag ausgehandelt, der in einigen Punkten sogar über die Vorgaben der Europäischen Union hinausgeht. So konnten sie etwa das Themenspektrum, über das der Euro-Betriebsrat informiert werden muss, um Punk-

te wie Umweltschutz und Aus- und Weiterbildung erweitern. Hart blieb die Geschäftsleitung bei allem, was Geld kostet. Eine reguläre zweite EBR-Sitzung pro Jahr gibt es nur, wenn das Unternehmen zustimmt.

Wie reibungslos der Vertrag am Ende über die Bühne ging, hat Norbert Lenhard überrascht. Schließlich hatte es der Gesamtbetriebsratsvorsitzende bei Schaeffler in der Vergangenheit nicht immer leicht. Noch im September beklagten Betriebsräte und Vertrauensleute die autoritäre und nicht transparente Unternehmenskultur. Auch während der Verhandlungen gab es noch Schwierigkeiten. Die Geschäftsführung in Tschechien ließ ihren Arbeitnehmervertreter zunächst nicht teilnehmen. Erst nachdem der Betriebsrat in Deutschland und die tschechische Metallgewerkschaft Kovo vermittelten, ließ sie ihn zu

den Verhandlungen fahren. »Unser Arbeitgeber hat uns immer nur das zugestanden, was er unbedingt musste«, sagt Lenhard. In Deutschland gab es bislang nur wirtschaftliche Informationen über die Standorte, an denen die 23000 Beschäftigten der Schaeffler KG arbeiteten. Auch allen anderen ging es ähnlich. Über die Lage in anderen Ländern wusste man nur wenig. Für Iris Becker, vom EBR-Team bei der IG Metall-Vorstandsverwaltung in Frankfurt, keine ungewöhnliche Konzernstrategie. »Viele Arbeitgeber versuchen in den Verhandlungen, den Europäischen Betriebsräten nur die gesetzlichen Mindestvorgaben zuzugestehen.« Immerhin habe Schaeffler die Bildung des Euro-Betriebsrats nicht blockiert, berichtet Metallerin Becker, die das Verhandlungsgremium im Auftrag des EMB unterstützte.

Mit dem Euro-Betriebsrat haben die Interessenvertreter der Schaeffler Gruppe nun eine zusätzliche Ebene, um Informationen zu bekommen. Bereits während der Verhandlungen stellten die Arbeitnehmervertreter fest, dass sie überall mit ähnlichen Problemen kämpfen. Fast alle berichteten über den hohen Druck zu längeren Arbeitszeiten und Wochenendarbeit. Auch Leiharbeit gibt es überall. Verlagerung, Sonntagsarbeit und Leiharbeit waren dann auch die ersten Themen, die sie auf ihren Arbeitszettel setzten. Vor allen Dingen beim Thema Verlagerung erhofft sich der französische Arbeitnehmervertreter, Hubert Schwind, Unterstützung vom EBR. In Frankreich kämpft er seit langem mit dem Problem. In den vergangenen sechs Jahren gingen 500 Arbeitsplätze verloren.

Der neue Euro-Betriebsrat hat sich einiges vorgenommen, findet Ian Hamilton, Arbeitnehmervertreter bei Schaeffler im britischen Sheffield. »Da haben wir Arbeit für die nächsten zehn Jahre.« Für den britischen Gewerkschafter kommt es jetzt darauf an, die unterschiedlichen Kulturen im Euro-Betriebsrat unter einen Hut zu bringen. Sein wichtigstes Ziel: Die Sozialstandards in Ländern wie Tschechien, Ungarn oder der Slowakei zu verbessern und auf Dauer an westeuropäisches Niveau anzugleichen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

AUCH ANDERE HABEN GUTE IDEEN

Gewerkschafter leben in vielen Ländern gefährlich

Amnesty International setzt sich weltweit für verfolgte Gewerkschafter ein, die Opfer von Repressionen sind.

Die Zahl klingt unglaublich: Allein in Kolumbien sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten schätzungsweise 2000 Gewerkschafter umgebracht worden. Kolumbien hält damit einen traurigen Rekord. Wer sich hier für Arbeitnehmerrechte einsetzt, lebt gefährlich. Gewerkschafter werden aber auch in China, Iran, der Türkei oder Weißrussland Opfer von Repressionen.

Laut Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der 138 Länder abdeckt, wurden allein im vergangenen Jahr 144 Gewerkschafter weltweit ermordet. Die Dunkelziffer dürfte noch höher liegen, »denn die Methoden des Vertuschens sind raffinierter geworden«, sagt Begüm Cebisci. Sie ist eine der Sprecherinnen der Sektionskoordinationsgruppe Gewerkschaften von Amnesty International (ai), die sich seit 1999 für verfolgte Gewerkschafter einsetzt.

Ziel der bundesweit tätigen Gruppe ist die Unterstützung von Gewerkschaftern und Arbeitnehmern, die aufgrund ihres En-

gagements verfolgt, misshandelt oder mit dem Tod bedroht werden. »Auch Zwangsarbeit und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen sind für uns ein wichtiges Thema«, sagt Cebisci.

Die ai-Gruppe Gewerkschaften funktioniert vor allem durch ein elektronisches Netzwerk. Die einzelnen Mitglieder schicken Eilbriefe, um verfolgten Gewerkschaftern zu helfen, oder machen Online-Petitionen. Außerdem organisieren sie Vorträge, Veranstaltungen und Infostände. Cebisci hofft, dass ihre Gruppe weiter wächst und noch mehr Mitstreiter unter Gewerkschaftsmitgliedern findet. Bereits jetzt gibt es enge Kontakte zu IG Metall, Verdi und GEW, die 2008 zum 60. Jahrestag der Menschenrechtscharta noch intensiviert werden sollen. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Mehr Infos über Amnesty:

- www.amnesty-gewerkschaften.de
- www.survey07.ituc-csi.org

PRODUKT DES MONATS



Foto: Jan Östrik-Lettau / bildmaschine.de

Spülen sind eins der Produkte, die aus Nirosta gefertigt werden.

Rostfrei, säurefest und hitzebeständig

Gehört hat jeder schon davon: Nirosta ist ein ganz alltäglicher Werkstoff – und doch ein ganz besonderes Produkt.

Vor 95 Jahren, am 12. Oktober 1912, meldete die Firma Friedrich Krupp in Essen, beim Reichspatentamt in Berlin die »Herstellung von Gegenständen, die hohe Widerstandskraft gegen Korrosion erfordern« zum Patent an – gemeint war Edelstahl, eine Legierung aus Chrom, Nickel und Molybdän. Seit 85 Jahren existiert bereits das Warenzeichen Nirosta, der Begriff für nichtrostenden Stahl. Und seit fünf Jahren heißt die Firma, die ihn produziert, Thyssen-Krupp Nirosta (TKN).

»Edelstahl sieht gut aus, ist unverwundlich und voll recycelbar.«

Die Liste der Produkte, die aus den hell glänzenden Stahlblechen gefertigt werden, ist schier unendlich: Spülen, Töpfe und Besteck, Designerschmuck und Eheringe, Rasierklingen und Implantate, Ölwannen und Tanks. Edelstahl wird in der Automobil- und Chemie-Industrie eingesetzt, am Bau und – in Parabolspiegeln – zur Gewinnung von Sonnenenergie.

Was immer rostfrei, säurefest und hitzebeständig sein muss: Es kann aus Nirosta sein. ■

Norbert.Huesson@igmetall.de

Das Unternehmen stellt mehr als eine Million Tonnen Stahl im Jahr her. Es zählt zu den Marktführern von Flachprodukten aus rostfreiem Stahl. Im Geschäftsjahr 2006/2007 erwirtschafteten die 4185 Beschäftigten einen Umsatz von 2,5 Milliarden Euro.

»Wir sind die Edlen«, sagt der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Bernd Kalwa in Krefeld, dem Sitz von TKN. Er sagt das mit einem Augenzwinkern – und dem Brustton der Überzeugung:



Foto: FM

In Leipzig überreichte der Zweite Vorsitzende Detlef Wetzel eine Spende der Delegierten von 60 000 Euro an Amnesty-Chefin Barbara Lochbihler.

Anzeige

IN KÜRZE

Wer will mit?

Der Seniorenausschuss der IG Metall in Bochum unternimmt vom **25. Mai bis 3. Juni 2008** eine Studienreise nach Budapest. Neben einer Stadtrundfahrt sind Ausflüge nach Gödöllő, Eger und die Festung Visegrad geplant. Vom **13. bis 19. Juni 2008** unternehmen die Bochumer eine Reise in die Schweizer Bergwelt. Es geht nach Davos, St. Moritz und zum Lago Maggiore. Eine Fahrt mit der berühmten Schweizer Gebirgsbahn, dem Glacier-Express und eine Alpen-Palmen-Panoramafahrt mit dem Bernina-Express sollen die Reise abrunden. Infos zur Budapest-Reise gibt es bei Gustav Warm, Telefon 0234-511412. Die Schweizer Bergwelt-Tour betreut Helmut Wilzek, Telefon 02327-70476.

► www.bochum.igmetall.de
→ Veranstaltungen
→ Seniorenreisen 2008

Handys, Bluetooth & Co.

Die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) bietet eine achtseitige Broschüre »Funkanwendungen im Alltag« als Pdf-Download an. Die Publikation enthält Infos zu den Themen Strahlungsenergie, Mobilfunk, Funknetzwerke und -steuerungen, Sprechfunkgeräte sowie Funkanwendungen für Identifizierungszwecke und aktive Körperhilfsmittel und erläutert, was bei der Nutzung dieser Technologien zu beachten ist.

► www.vbg.de
→ Downloads & Medien
→ Stichwort-Suche: »Handys«

Spielzeug-Ratgeber

Nicht alle Spielsachen eignen sich für alle Kinder gleichermaßen. So sind batteriebetriebene Geräte oft zu laut für zarte Kinderohren. Doch was zeichnet gutes und gesundes Spielzeug aus? Welche Hilfestellungen leisten Labels und Gütesiegel bei der Auswahl? Antworten darauf gibt der Ratgeber »Spielzeug – gesund – sicher – schadstofffrei«. Es gibt ihn für 4,90 Euro in allen Beratungsstellen der Verbraucherzentrale.

► www.vzbv.de
→ Ratgeber-Shop

ARBEIT

UNSERE TIPPS

Bier her, oder ich fall' um?

C₂H₅OH – eine stechend riechende Flüssigkeit – ist der Grundstoff des seit Jahrtausenden beliebtesten Genussmittels: Alkohol. Zu viel davon kann zum Problem werden. Leider auch im Betrieb. Kontrollieren und verbieten ist allerdings eine schlechte Therapie.

Seit der Industrialisierung gilt Alkoholkonsum nicht nur als Genuss, sondern auch als Problem. Vor 124 Jahren wurde ein Verein gegen den »Missbrauch geistiger Getränke« gegründet, vor 103 Jahren ein »Deutscher Arbeiter-Abstinenzbund«. Sehr erfolgreich waren solche Vereine aus heutiger Sicht offenbar nicht. Rund 14 Liter reinen Alkohol schlucken Deutsche im Alter zwischen 15 und 70 pro Jahr. Bei Jugendlichen gelten Wetttrinken und »Koma-Saufen« als beliebte Freizeitbeschäftigungen.

Wie fast bei allem, was Menschen gerne genießen, warnen Experten vor Gefahren: Während so manch einer glaubt, mit Alkohol lässt sich entspannter arbeiten und mehr leisten, zeigen viele Studien: Bei stetigem Alkoholgehalt schwinden Konzentration, Wahrnehmung, Reaktions- und Leistungsfähigkeit. Als »risikoarm« gelten bei Frauen zwei kleine Gläser täglich, bei Männern drei. Zu viel Alkohol kann zu Leberschäden, Bluthochdruck, Speiseröhrenkrebs und noch anderen Krankheiten führen. Arbeitnehmer, die mehrmals wegen Alkohol abgemahnt wurden oder alkoholkrank sind, riskieren ihre Kündigung.

Wenn der Arbeitgeber im Betrieb den Umgang mit Alkohol regeln will, kann er das nicht eigenmächtig tun. Der Betriebsrat

bestimmt darüber mit. Alkohol ganz zu verbieten, ist problematisch, weil es in die persönlichen Rechte der Beschäftigten eingreift. Die können schließlich selbst bestimmen, was sie konsumieren wollen.

Die Gesundheitsschützer der IG Metall halten so drastische Mittel auch nicht für sinnvoll, vor allem dann nicht, wenn keine Hilfe angeboten wird. Helfen können nur Prävention und Therapieangebote.

Arbeit unter Alkoholeinfluss gilt als Sicherheitsrisiko. Gefährdet jemand sich selbst oder ande-

re, muss sein Vorgesetzter tätig werden. Zuerst muss er dafür sorgen, dass der Betroffene sicher nach Hause befördert wird. Später sollte er ein Gespräch mit ihm führen und ihm auch Hilfe anbieten. Beschäftigte dürfen aber nicht zu einer Therapie gezwungen werden. Es ist auch kein Arbeitnehmer oder Stellenbewerber ver-



Illustration: Chris Andrews / Getty Images

pflichtet, einen Alkoholtest zu machen. Wer sich weigert, dem dürfen keine Nachteile entstehen. Sagt das Gesetz. In der Praxis wird jemand, der eine Stelle haben will, allerdings kaum darauf pochen.

Eine neue Broschüre der IG Metall informiert ausführlich über Gefahren, Hilfsangebote und Rechte der Arbeitnehmer. Sie heißt »Betriebliche Suchtprävention und Suchthilfe« und ist im Bund-Verlag erschienen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr Informationen zum Thema:

► www.igmetall.de/metallzeitung

SO GEHT ES BESSER

Keine Praxisgebühren bei »Doktor Azubi«

Das Online-Portal »Dr. Azubi« beim Deutschen Gewerkschaftsbund ist für Auszubildende eine wichtige Anlaufstation.

Um Zulauf braucht sich die Berliner Praxis von Dr. Azubi im DGB-Haus nicht zu beklagen. Jeden Monat tragen mehr als 450 »Patienten« hilfeschend ihre Beschwerden vor: Auszubildende, die drangsaliert und auch schikaniert werden und daher dringend Hilfe benötigen.

Klar, ein Wartezimmer gibt es beim DGB nicht, denn die Notrufe kommen per E-Mail rein. »Hallo Doktor Azubi«, mailte beispielsweise Peter im November, »ich bekomme im 4. Lehrjahr 631 Euro brutto. Laut Auskunft der Handwerkskammer in Darmstadt ist die Vergütung seit 1. März aber auf 710 Euro gestiegen. Ist mein Chef verpflichtet, mir diesen Bruttobetrag zu zahlen?«

Auf die Antwort brauchte Peter nicht lange zu warten. Sie stand bereits am folgenden Tag im Netz: »Lieber Peter«, schrieb Dr. Azubi zurück, »da Deine Vergütung relativ hoch ist, gehe ich davon aus, dass die IG Metall für Deine Branche einen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Anspruch auf das tarifliche Entgelt

hast Du aber nur, wenn Du Mitglied in einer Gewerkschaft und Dein Arbeitgeber Mitglied im Arbeitgeberverband ist ... Du musst das prüfen lassen.« Am Schluss folgt dann noch der Kontakt zur zuständigen IG Metall.

Klar, dass Dr. Azubi keine Praxisgebühr verlangt und auch sonst keine Bedingungen stellt. »Wir wollen auch jenen jungen Menschen eine gewisse Orientierung geben, die noch nicht Mitglied in einer Gewerkschaft sind«, beschreibt René Rudolf vom DGB die Zielrichtung des Projekts.

Inzwischen wird die Online-Praxis so stark frequentiert, dass Erweiterungen anstehen. »Vielleicht«, so Rudolf vom DGB, »übernehmen die Einzelgewerkschaften »Doktor Azubi« schon bald auf ihre Jugendportale.«

Auf diese Weise kämen die Jugendlichen noch näher an die Praktiker bei den Einzelgewerkschaften ran. Und die Praktiker näher an die Probleme in den Betrieben. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

► www.doktor-azubi.de

AUF DEM PRÜFSTAND

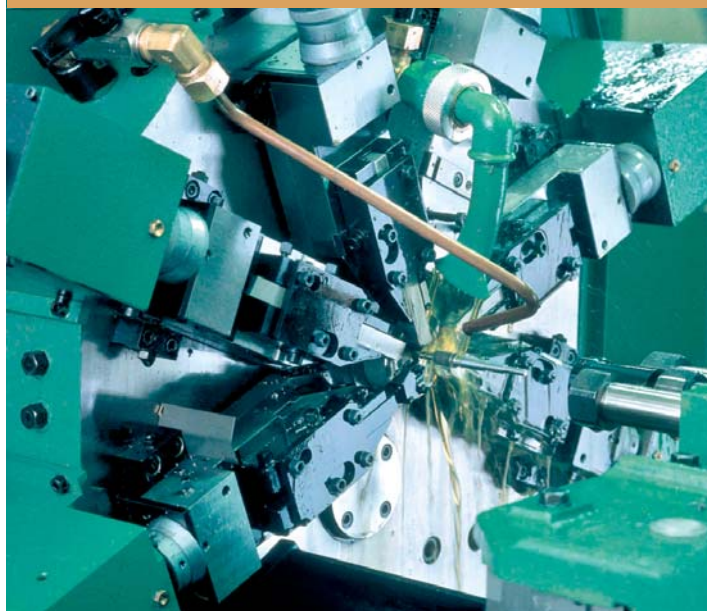


Foto: F1 online

Fast immer werden beim Fräsen Kühlschmierstoffe verwendet.

Schmieröle schädigen Hände und Atemwege

Viele Kühlschmierstoffe sind gesundheitsschädlich. Doch oft sind diese Schmierstoffe verzichtbar oder ersetzbar.

Rote, entzündete Hände sind oft die sichtbaren Zeichen, die verraten: Hier arbeitet jemand mit Kühlschmierstoffen. In der Metallindustrie werden pro Jahr fast 80 000 Tonnen davon eingesetzt: beim Schleifen, Bohren und Fräsen und Walzen. Viele Menschen kommen mit ihnen in Berührung: durch direkten Hautkontakt an den Werkzeugmaschinen oder indem sie die Dämpfe und Nebel einatmen, die bei der Metallbearbeitung entstehen. Kühlschmierstoffe sind Gefahrstoffe. Sie können zu Hautreizungen, Allergien, Entzündungen und Atemwegserkrankungen führen.

stufen. Darin forderte sie unter anderem, dass die Inhaltsstoffe – über 300 gibt es – offen gelegt werden. Inzwischen existiert eine Liste, in der gefährliche Substanzen aufgeführt sind. Sie wird von der IG Metall mit dem Verband der Schmierstoffindustrie und dem Verbraucherkreis Industrieschmierstoffe erarbeitet und jedes Jahr aktualisiert. Die Liste enthält verbotene Stoffe und solche, die nur beschränkt eingesetzt werden sollten. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

► Die Liste gibt es unter: www.igmetall.de/metallzeitung

Anzeige

Obwohl es für viele Bearbeitungsprozesse und Werkstoffe inzwischen möglich ist, nur Kleinstmengen einzusetzen oder auf die Schmiermittel ganz zu verzichten, werden sie immer noch in 90 Prozent aller Metallbearbeitungsprozesse eingesetzt.

Schon vor 20 Jahren startete die IG Metall in Baden-Württemberg eine Kampagne gegen den Einsatz von Kühlschmier-



Foto: bilderbox

Auszubildender an einem elektrischen Schaltkasten. Bei Problemen mit dem Ausbilder gibt »Doktor Azubi« Orientierung und Auskunft.

ÖKONOMIE MAL ANDERS

Rohstoffe – weniger ist mehr

Rohstoffexperte Raimund Bleischwitz aus Wuppertal sagt zu den wirtschaftlichen Risiken teurer werdender Rohstoffe: »Die Industrie, vor allem die Metall- und die Stahlbranche, könnte ihre Kosten senken, wenn sie intelligent und sparsam mit den Rohstoffen umgehen würde. Gleichzeitig würde dies der Umwelt und dem Frieden in der Welt nützen.«

Wenn es in der Industrie um Kostensenkung geht, stehen in der Regel die Arbeitskosten im Zentrum. Dabei haben Rohstoffe einen wesentlich höheren Anteil an den Gesamtkosten. Sie machen in der gewerblichen Wirtschaft im Durchschnitt rund 42 Prozent des Bruttoproduktionswerts aus, die Arbeitskosten aber weniger als 25 Prozent. Doch während die Arbeitsproduktivität seit 1960 um rund 270 Prozent gestiegen ist, erhöhte sich die »Materialproduktivität« um nur 75 Prozent. Durch sparsamen und effizienteren Einsatz von Rohstoffen könnten die Unternehmen in Deutschland ihre Kosten schon in kurzer Zeit um rund zehn Prozent senken. Allein im Maschinenbau könnten so rechnerisch sechs bis sieben Milliarden Euro eingespart werden. Auch bei der Herstellung von Metallerzeugnissen liegt das Einsparpotenzial in den nächsten vier Jahren bei geschätzten 800 Millionen bis 1,5 Milliarden Euro.

Das Thema »Ressourcenmanagement« wird in der Industrie als Herausforderung angenommen. Ein Grund für das wachsende Interesse ist die steigende weltweite Rohstoff-Nachfrage, ausgelöst vor allem durch das rasante Wirtschaftswachstum in Ländern wie China, Indien und Brasilien. Deshalb befinden sich die Preise für viele Rohstoffe auf



Foto: Andreas Fischer

Rohstoffexperte Raimund Bleischwitz berät die Bundesregierung.

einem Langzeithoch. Die Preise für Nichteisen-Metalle haben sich zwischen 2000 und 2007 verdoppelt. Die Rohstoffpreise für Indium, das zum Beispiel für LCD-Flachbildschirme benötigt wird, sind von 2001 auf 2005 um 575 Prozent gestiegen, die Preise für Tellurium und Molybdenum, die in der Stahlerzeugung verwendet werden, sogar um 1271 und 1340 Prozent.

Dass die Rohstoffe allgemein zur Neige gehen, mag auf absehbare Zeit nicht zu befürchten sein.

Einige werden allerdings knapp. Nickel, Kupfer, Zinn, Zink und Blei haben nur Reichweiten zwischen 12 und 45 Jahren. Für wichtige Bereiche wie Elektronik und Stahl gibt es keine Entwarnung.

Mittelfristig bergen diese Entwicklungen erhebliche Risiken: nicht nur wirtschaftliche, sondern auch ökologische und politische. Erkundungen und Abbau von Rohstoffen werden zunehmend in ökologisch höchst sensiblen Gebieten vorgenommen.

Abbau, Transport und Verarbeitung haben teilweise erhebliche Umweltauswirkungen.

Die Schwellenländer schließen untereinander Verträge ab und Europa hat längst keinen bevorzugten Zugang zu Rohstoffen mehr. Für Metalle, Erdöl und Erdgas heißt das: Ein Industrieland wie Deutschland wird immer abhängiger von Importen aus politisch instabilen Regionen, etwa aus dem Golf oder aus Afrika. Im Fadenkreuz von hohen Preisen, Abenteuertum und politisch instabilen Regionen entstehen Verteilungskonflikte und bewaffnete Auseinandersetzungen in den Abbauländern über Lizenzen und die Verwendung der Einnahmen. Auch Rohstoffkriege zwischen Abbau- und Abnehmerländern sind nicht mehr auszuschließen.

Die Ressourcenproduktivität zu erhöhen, ist die Antwort auf diese Entwicklungen. Für Unternehmen bedeutet das konkret: energie- und materialsparende, umweltfreundliche Technik zu entwickeln sowie einzusetzen, Recyclingpotenziale zu erschließen und anderes mehr. Stoffbilanzen müssen deshalb auf der betrieblichen Ebene allgemein zum Einsatz kommen. Jeder eingesparte Euro an Materialkosten schafft Spielräume für Innovationen und Beschäftigung. ■

Zur Person

Raimund Bleischwitz, 46, Wirtschaftswissenschaftler, ist am Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe »Stoffströme und Ressourcenmanagement«. 1988 war er Fachreferent der SPD-Fraktion im Bundestag. Danach arbeitete er unter anderem am Institut für Europäische Umweltpolitik. Seit 2003 hat er zusätzlich eine Professur am Europakolleg in Brügge und ist Dozent an den Universitäten Kassel und Wuppertal. Er berät die Bundesregierung, die EU-Kommission und andere Akteure.

Mehr zum Thema

Untersuchungen zeigen, dass ein effizienterer und Umwelt schonender Umgang mit Rohstoffen die Kosten in der Industrie auf längere Sicht um 20 Prozent senken könnte – und rund 700 000 Arbeitsplätze schaffen könnte. Die IG Metall hat auf einem Kongress zusammen mit dem Bundesumweltministerium ein Zehn-Punkte-Papier dazu formuliert. Eine Dokumentation der Tagung und das Zehn-Punkte-Papier finden Interessierte auf der Internetseite der IG Metall.

► www.igmetall.de → Themen → Umwelt → Ressourceneffizienz

48

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Altersarmut kehrt zurück

Eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit hat belegt: Vor allem ältere Bezieherinnen von Arbeitslosengeld II, die in den alten Bundesländern leben, sind wieder stärker von der Altersarmut bedroht.

Nach Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das der Bundesagentur für Arbeit (BA) angegliedert ist, wird die Rente vieler älterer westdeutscher erwerbsloser Frauen künftig nicht mehr für den Lebensunterhalt ausreichen. Sie seien daher auf ihre Partner oder auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. »Sie haben kurze Beitragszeiten mit niedrigen Arbeitsentgelten aufgrund von Teilzeitarbeit bei geringer Entlohnung«, analysiert Christina Wübke vom IAB.

Nach der IAB-Studie hat das unterste Viertel arbeitsloser westdeutscher Frauen bis zu ihrem 51. Geburtstag gerade mal sieben Beitragsjahre erworben. Und während der Erwerbslosigkeit wird sich dieses Niveau kaum verbessern. Denn die Arbeitslosenversicherung zahlt pro Monat nur 40 Euro in die Rentenkasse ein. Nach der IAB-Rechnung bedeutet das: Wer ein

volles Jahr Arbeitslosengeld II bezieht, steigert seine Rente gerade mal um 2,19 Euro.

Etwas günstiger wird sich nach der Prognose des IAB die Rente westdeutscher Männer gestalten. So verfüge die Hälfte der Arbeitslosengeld II-Empfänger mit 50 Jahren über »existenzsichernde Anwartschaften«.

Das geringste Risiko einer Altersarmut tragen die ostdeutschen Arbeitslosengeld II-Bezieher: Mit 50 Jahren hätten 62 Prozent eine gesetzliche Rentenhöhe

oberhalb des Sozialhilfeniveaus erreicht. Bei ostdeutschen Frauen liegt dieser Anteil bei knapp 50 Prozent.

Künftig, könnte das Armutsrisiko noch steigen. 40- bis 50-jährige Leistungsempfänger hätten bereits »größere Lücken in der Altersvorsorge«. Außerdem hat die Rentenform das Rentenniveau gesenkt, die Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld gekürzt und Beiträge Arbeitsloser an die Rentenversicherung halbiert. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Zwangsverrentung erhöht den Armutsdruck

Wenn am 1. Januar 2008 die sogenannte 58er-Regelung ausläuft, droht vielen Beziehern von Arbeitslosengeld II die zwangsweise Rente (siehe auch Seite 4). Damit erhöht sich das Risiko der Altersarmut. Während die IG Metall Massenklagen angekündigt hat, sammeln Erwerbslose der Berliner IG Metall Unterschriften unter einer Petition an den Bundestag. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, »allen 58-jährigen Arbeitslosen den erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld über den 31. Dezember 2007 hinaus zu ermöglichen«. Infos über den Arbeitskreis Arbeitslosigkeit bei der Berliner IG Metall: ► berlin@igmetall.de

Schreibtischchaos

Das Heer der Schreibtischarbeiter in Deutschland ist gespalten. Während die eine Hälfte Ordnung auf der Arbeitsplatte bevorzugt, sieht es die andere Hälfte nicht so eng. Laut einer Umfrage der GfK Marktforschung Nürnberg im Auftrag der »Apotheken-Umschau« räumen 47,8 Prozent der Befragten täglich ihren Schreibtisch auf, um besser arbeiten zu können.

Bei Frauen sind aufgeräumte Schreibtische etwas beliebter als bei Männern. Rund 50 Prozent der Frauen, aber nur 47 Prozent der Männer, putzen an ihrem Arbeitsplatz regelmäßig die Platte.

Mit Chaos können dagegen Männer mehr anfangen. Ein Fünftel der Männer aber nur etwas mehr als ein Zehntel der Frauen gaben an, sie bräuchten Unordnung auf ihrem Schreibtisch. Erst der Anblick eines vollkommenen Tischplattenchaos bringe ihre Gedanken so richtig in Fahrt. Unordnung als notwendige Bedingung für Kreativität? Vielleicht kann man sich hinter einem Wust von Papieren, Ordnern und Kaffeetassen ja einfach nur besser verstecken.



DAS LETZTE

